Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43. Freitag, den 20. Februar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Vom Todeskampf des Kleinbetriebes.

II.

Sehen wir uns nach diesen allgemeinen Beobachtungen, die bei der Erhebung gemacht wurden, die Ziffern der Statistik etwas näher an. Von der Erhebung wurden erfaßt 45 376 Betriebe überhaupt, davon waren 22 318 Hauptbetriebe, 23 058 Nebenbetriebe.

Teilt man die sämtlichen Mühlen in Klein-, Mittel- und Großmühlen in der Weise ein, daß man zu den Kleinmühlen diejenigen mit einer verarbeiteten Jahresmenge von weniger als 30 000 Doppelzentner, zu den Mittelmühlen die mit 30 000 bis 300 000 Doppelzentner, zu den Großmühlen die mit mehr als 300 000 Doppelzentner jährlich zählt, so ergeben sich als Anteile an der Gesamtsumme der verarbeiteten Mengen der Kleinmühlen 53,73 Prozent, der Mittelmühlen 30,45 Prozent, der Großmühlen 15,82 Proz. Damit vergleiche man nun den Anteil der einzelnen Größenklassen an der Gesamtzahl der Betriebe. Kleinmühlen wurden gezählt 44 673 = 98,44 Proz., Mittelmühlen 672 = 1,47 Proz., Großmühlen 41 = 0,09 Prozent.

Von den 45 376 Mühlen überhaupt waren 35 620 = 78,75 Prozent auf elementare Betriebskräfte, Wind oder Wasser, angewiesen. Die Zahl der Windbetriebe, die mit einer nicht elementaren Aushilfskraft arbeiteten, betrug 1871, die Zahl der Wasserbetriebe gleicher Art 3199. Von den übrigen nicht auf elementare Kräfte angewiesenen Mühlen waren 2346 Dampfbetriebe (davon 2273 ohne Aushilfskraft), 259 elektrische Betriebe, 1374 Motorbetriebe, 651 Betriebe, die mehrere Betriebskräfte gleichmäßig nebeneinander verwandten, endlich 38 Betriebe, die nur durch Tierkraft oder Handkraft bewegt wurden. Die Windmühlen dienen ausschließlich dem Kleinbetrieb. Auch von den Wasserbetrieben sind die meisten (23 986) Kleinbetriebe. Ebenso befindet sich die größte Zahl elektrisch betriebener Mühlen unter den Kleinbetrieben.

In der unzulänglichen technischen Einrichtung der Kleinmühlen ist es begründet, daß bei ihnen pro Arbeiter und Arbeitstag eine viel geringere Leistung erzielt wird als bei den Mittel- und Großbetrieben. Während in den Betrieben mit weniger als 3000 verarbeiteter Jahresmenge auf den Arbeiter und Arbeitstag eine Leistung von 7,13 Doppelzentner entfällt, steigert sich diese Ziffer bei den technisch vollkommen ausgestatteten Großbetrieben bis zu 27,62 Doppelzentner. Wäre es nun nicht eine geradezu narrenhäuslerische Wirtschaftspolitik, wenn man durch steuerliche Erschwerungen und Hemmnisse die Weiterentwicklung zu größerer Leistungsfähigkeit unterbinden und der mittelalterlichen Betriebsweise Vergünstigungen gewähren wollte, wie es das Ziel der Vertreter der Kleinmüller und der Mittelstandspolitiker ist?

Die Erhebung hat zugleich die Entwicklung der Leistungsfähigkeit der befragten Mühlenbetriebe in den letzten zehn Jahren festzustellen versucht. Nach dem Ergebnis beträgt die Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der sämtlichen Mühlen insgesamt 28 658 282 Doppelzentner, der eine Verminderung der Leistungsfähigkeit um 1 694 291 Doppelzentner gegenüber steht. Von der Vergrößerung entfallen 62,23 Proz. auf die reinen Handelsmühlen, 31,71 Proz. auf die gemischten Betriebe, 6,06 Proz. auf die reinen Lohnmühlen. Die kleinen Lohnmühlen waren nicht in der Lage, ihre Leistungsfähigkeit nennenswert zu steigern. Diese und die oben erwähnten sonstigen Ursachen haben dahin geführt, daß die Zahl der kleinen Betriebe dauernd zurückgegangen ist, während gleichzeitig die mittleren und Großbetriebe an Zahl und Umfang zunehmen. Die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen mögen diese Entwicklung veranschaulichen, wenngleich die Ziffern dieser Zählungen mit den Ergebnissen der Produktionsstatistik infolge der verschiedenartigen Methode der beiden Erhebungen nicht genau übereinstimmen. Hauptbetriebe waren vorhanden:

	1882	1895	1907
mit 1 bis 5 Gehilfen	50 852	41 938	35 778
mit 6 bis 10 Gehilfen	626	1 257	1 207
mit 11 bis 50 Gehilfen	568	840	822
mit 51 bis 200 Gehilfen	31	62	92
mit 201 bis 1000 Gehilfen	2	4	6

Neben den Kräften der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung haben jedoch noch andere Gründe zur Verminderung der Zahl der Kleinbetriebe geführt. So sind nach den Mitteilungen aus den Interessentenkreisen viele Mühlen durch Feuer zerstört und nicht wieder aufgebaut worden. Vielen anderen Mühlen, die nur Wasser als Betriebskraft hatten, ist die nötige Wasserkraft durch Meliorationen, Regulierungen von Wasserläufen, industrielle Anlagen, auch durch den Bau von städtischen Wasserleitungen entzogen worden, so daß sie den Betrieb einstellen mußten, und bei den Windmüllern wird die Entziehung des Windes durch den Bau von hohen Häusern, durch Heranwachsen von Wäldern oder hohen Baumgruppen als Grund für das Eingehen des Betriebes angegeben. In sehr vielen Fällen aber ist der Zusammenhang der Kleinmüllerei mit dem landwirtschaftlichen Betrieb die Ursache des Zurückbleibens in technischer Hinsicht. Lassen wir über diesen Punkt die amtliche Drucksache selbst reden:

„Gerade weil der Lohnmüller meist nicht allein auf seine Mühle als Erwerbsquelle angewiesen war, wurde er nicht gezwungen, seine ganze wirtschaftliche Energie auf den Ausbau seiner Mühle zu lenken, auch wenn er, was sicherlich oft nicht möglich war, die nicht unbedeutenden Geldmittel dazu aufgebracht hätte. Der Mühlenbetrieb verharrt daher in solchen Fällen, von unwesentlichen Verbesserungen abgesehen, auf derselben Stufe.“ Die Folge sei die allmähliche Umwandlung von Haupt- zu Nebenbetrieben und die Stillegung gelegentlich der Zerstörung der Mühlen durch Brand oder aus anderen Gründen. „Es mag in diesem Zusammenhang, wird wörtlich weiter gesagt, darauf hingewiesen werden, daß die Statistik lediglich das Verschwinden eines solchen Betriebes bucht, aber es wäre nach den gemachten Ausführungen durchaus falsch, für jeden solchen verschwundenen Betrieb einen Schaden für Volkswirtschaft und Nationalvermögen berechnen zu wollen. Ebenso wenig erwächst der Volkswirtschaft ein Verlust, wenn ein kleiner Mühlenbetrieb nach und nach immer kleiner wird und schließlich ganz eingeschränkt wird.“

Das ist eine durchaus vernünftige Auffassung des Entwicklungsprozesses, die mit der von uns vertretenen völlig übereinstimmt. Ob nun auch dem Reichsamt des Innern der Vorwurf gemacht wird, es wolle das Kleingewerbe ruinieren? Den mittelständlerischen Bestrebungen, die auf der Einbildung beruhen, als ob dem technischen Fortschritt Halt geboten werden könnte, ist mit diesen Schlußfolgerungen des Reichsamts des Innern das Urteil gesprochen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

In besonderer Besprechung, losgelöst von allen übrigen Fragen, die in der Generaldebatte behandelt waren, wurde gestern der Fall der Witwe Hamm erörtert. Genosse Dittmann und die Herren Dr. Pfeiffer vom Zentrum und Dr. Heckscher von der Fortschrittlichen Volkspartei hatten sich der Interessen der unschuldig verurteilten Frau und der beleidigten Gerechtigkeit angenommen. Der sozialdemokratische Redner gab in anschaulicher Darstellung an der Hand eines sehr gewissenhaft studierten Aktenmaterials eine klare und eindrucksvolle Schilderung des Tatbestandes, die in der Forderung gipfelte, daß illegale Einflüsse auf den rechtmäßigen Gang des neu aufgenommenen Verfahrens streng zurückgewiesen werden sollen. Die Einzelheiten, die Genosse Dittmann vortrug, überzeugten das Haus sowohl von den unerhörten Ausschreitungen, die sich der frühere Kriminalkommissar v. Treskow hat zuschulden kommen lassen, als auch von der unbedingten Notwendigkeit, dem Recht endlich zum Sieg zu verhelfen. Mit lebhafter Entrüstung wurde die Darstellung von der Wirksamkeit des Herrn v. Treskow aufgenommen. Die beiden anderen Redner schlossen sich den Angaben unseres Genossen an und Herr Dr. Pfeiffer betonte namentlich, daß es sich hier um einen anständigen Menschen handelt. Dagegen hielten es die Parteien der Rechten bezeichnenderweise für angemessen, auch in dieser Angelegenheit, in der es doch Parteiunterschiede nicht geben sollte, wie Genosse Dittmann mit Recht hervorgehoben hatte, ihre schweren Bedenken gegen das Vorgehen des Reichstags zu äußern.

Nach der Abstimmung über die zum Titel „Staatssekretär“ gestellten Resolutionen wurde die Spezialdiskussion rasch erledigt. Der von der Budgetkommission angefochtene Titel, der sich auf die Einstellung eines sechsten Reichsanwalts bezog, wurde bei schwacher Besetzung des Hauses gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Dann begann die Generaldebatte über den Marineetat, die durch eine Rede des Genossen Noske eingeleitet wurde. Mit großer Sachkunde erörterte unser Redner die wichtigsten Fragen, die der Marineetat in diesem Jahre aufwirft. Er zeigte die große Entwickelung der deutschen Flotte trotz aller zahlreichen Reden über eine notwendige Verständigung unter den Nationen. Er zeigte auch, wie mit der Entwickelung der Flotte sich die Fälle drakonischer Justiz und schlechter Behandlung der Soldaten vermehrt haben. Die schweren Unfälle, die sich im vorigen Jahre ereignet haben, namentlich der Untergang der beiden Marineluftschiffe, veranlaßte unseren Redner zu einer strengen Kritik der begangenen Unvorsichtigkeiten und Verfehlungen, über die er vom Staatssekretär Auskunft verlangte. Einen großen Teil seiner Ausführungen widmete unser Genosse der Frage einer internationalen Verständigung über die Rüstungsbeschränkungen. Er erinnerte an die früheren Verhandlungen über diese Frage und an ihre wenig aussichtsreiche Durchführung. Mit einer großzügigen Betrachtung über die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und den beiden Weltmächten schloß Noske seine sehr wirkungsvollen Darlegungen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ging auf zahlreiche der von unserem Redner vorgetragenen Fälle ein und verteidigte, so gut es ging, seine Verwaltung. Über die große Frage der Rüstungseinschränkung äußerte er sich leider nur sehr unvollständig und zaghaft. Diese Zurückhaltung fand in den Ausführungen des Herrn Erzberger noch eine besondere Unterstützung, da der Zentrumsredner die Schuld am Rüstungstreiben vor allem England zuschiebt.

Die Weiterberatung wird am Freitag erfolgen.

Die Zabern-Kommission.

Die Zabern-Kommission — oder, wie sie offiziell so schön heißt: die 25. Kommission des Reichstags zur Beratung der Initiativanträge, betreffend Regelung der militärischen Machtbefugnisse — ist Mittwoch vormittag zu der ersten Sitzung zusammengetreten. Im Auftrage des Reichskanzlers gab der Vertreter der Regierung folgende Erklärung ab: „Der von den Abgeordneten Ablaß und Genossen vorgeschlagene Gesetzentwurf beschränkt sich nicht auf das nach Artikel 4 Nr. 14 der Reichsverfassung der Reichsgesetzgebung unterliegende Gebiet des Militärwesens, sondern greift, insofern er die Grenzen der Militär- und Polizeigewalt umschreiben will, in Rechtsgebiete, die der Zuständigkeit des Reiches entzogen sind. Seine Verabschiedung würde nur im Wege der Aenderung der Reichsverfassung, also nur unter Beachtung der besonderen Form des Artikels 78 der Reichsverfassung erfolgen können. Die Zustimmung der Verbündeten Regierungen zu solcher Verfassungsänderung kann nicht in Aussicht gestellt werden. Gemäß der Stellung, die die Verbündeten Regierungen bei den Initiativanträgen stets einnehmen, werden sie sich an den Beratungen sachlich nicht beteiligen. Der Reichskanzler hat das Reichsjustizamt beauftragt, zu den Kommissionsverhandlungen Vertreter zu entsenden, damit erforderlichenfalls über die rechtlichen Verhältnisse Auskunft erteilt werden kann.

Von Zentrumsvertretern wurde ein Antrag eingebracht, der Vorlegung von Material von der Regierung zur weiteren Beratung fordert, insbesondere Vorlegung der in den Einzelstaaten geltenden Vorschriften sowie Mitteilung darüber, welche Schritte von der Regierung geschehen oder angebahnt seien zur Vereinheitlichung der Vorschriften in den Einzelstaaten.

In der Debatte wurde die Zuständigkeit des Reichstags für die zur Erörterung stehende Frage von konservativer Seite bestritten. Sozialdemokraten und Fortschrittler kritisierten scharf die passive Resistenz der Regierung und meinten, die vom Zentrum verlangte Materialbeschaffung werde nur zur Verschleppung der Kommissionsarbeiten dienen. Aber der Zentrumsantrag wurde dennoch von der Mehrheit angenommen, worauf sich die Kommission auf den 26. dss. Mts. vertagte.

Aufhebung der Wahlfreiheit.

Einen geradezu ungeheuerlichen Versuch, die Wahlfreiheit eines Teiles der Wähler zu beseitigen, ist am Mittwoch in der Wahlprüfungskommission aufgedeckt worden. Es handelte sich um die Wahl des konservativen Abg. Hoesch, der den Wahlkreis Osterburg-Stendal im Reichstage vertritt. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Hoesch 10 512, Fuhrmann (Altnatl.) 8621, Beims (Soz.) 7434. In der Stichwahl siegte dann Hoesch mit 13 288 gegen Fuhrmann, der es auf 10 995 Stimmen brachte. Gegen diese Wahl ist sowohl von sozialdemokratischer, wie auch von nationalliberaler Seite Protest eingelegt worden. Der sozialdemokratische Protest rügt, daß die Königl. Eisenbahndirektion Hannover in den Eisenbahnwerkstätten ein Plakat aushängen ließ, auf dem für den Besuch sozialdemokratischer oder anderer ordnungsfeindlicher Versammlungen die Dienstentlassung angedroht war. Dieser skandalöse Versuch, die Wahlfreiheit zu beseitigen, wurde von den Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Polen scharf bekämpft. In diesem Falle liege amtliche Wahlbeeinflussung in der krassesten Form vor. Den Behörden

müsse gezeigt werden, daß sie kein Recht haben, die Wahlfreiheit mit Füßen zu treten. Abg. Stücklen (Soz.) beantragte schließlich, die Wahl wegen amtlicher Wahlbeeinflussung sofort zu kassieren. Dieser Antrag wurde mit 6 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter des Zentrums billigten es, daß die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnverwaltung entrechtet werden. —

Der nationalliberale Protest stützte sich darauf, daß ein konservativer Wahlaufruf von einer großen Anzahl Amtsvorsteher unter Hervorhebung ihres Amtstitels unterschrieben worden ist. Die Kommission erblickte darin eine amtliche Wahlbeeinflussung. Das ziffernmäßige Resultat soll erst noch festgestellt werden.

Das Koalitionsrecht der Beamten in Preußen.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag den von fortschrittlicher Seite gestellten Antrag, der die Regierung ersucht, darauf hinzuweisen, daß die gesetzlich zulässige Vereinigung von Beamten nicht behindert und insbesondere der Vereinigung der Berliner Schutzmänner vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, gegen die Stimmen der Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. — In der voraufgegangenen Debatte hatte Genosse Liebknecht und Abg. Cassel sich warm des Koalitionsrechtes der Berliner Schutzmänner angenommen. Genosse Liebknecht kritisierte außerdem noch die ganze Geschäftsführung des Berliner Polizeipräsidenten; aber seine Kritik übte nur die Wirkung aus, daß der Minister sich in wahrer Lobeshymne auf Herrn v. Jagow erging.

Der Antrag, der sich auf die Bekämpfung der Unsittlichkeit bezieht, wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten angenommen.

Die Debatte wendet sich sodann zur Beratung der Polizeiverwaltung in den Provinzen. Genosse Hue trug ein reichhaltiges Material von polizeilichen Mißgriffen vor; er besprach insbesondere den Backschisch-Prozeß in Köln. Aber die Regierung suchte sich auch hier mit der bekannten Redensart aus der Affäre zu ziehen, daß Mißstände nicht vorhanden sind, oder wenn sie vorhanden sind, daß sie dann von selbst eingreife, auch ohne daß es einer sozialdemokratischen Anregung bedürfe. — Nach einer antisemitischen Rede des neugewählten christlich-sozialen Abgeordneten Heinz vertagte sich das Haus auf Freitag.

Wieder ein ungültiges Reichstagsmandat.

In der Sitzung der Wahlprüfungskommission vom Donnerstag, dem 19. Februar wurde auf Grund des vorhandenen Beweismaterials endgültig beschlossen, dem im Wahlkreis Magdeburg 2 gewählten konservativen Abgeordneten Hoesch die auf ihn im Machtbereich der Amtsvorsteher, die den konservativen Wahlaufruf unter Beifügung des Amtstitels unterschrieben haben, entfallenen Stimmen in Abzug zu bringen. Damit ist die Mehrheit für Hoesch erschüttert und die Ungültigkeitserklärung der Wahl in der Kommission wie auch im Plenum des Reichstages sicher zu erwarten. In dem nationalliberalen Wahlprotest wird noch behauptet, daß das konservative „Intelligenzblatt" in Stendal ein Flugblatt mit gefälschten Unterschriften der sozialdemokratischen Vertrauensleute versehen zur Stichwahl herausgegeben habe, in der Absicht, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu täuschen. Weiter wird behauptet, daß die Leitung des genannten Blattes der sozialdemokratischen Wahlleitung 5000—10000 Mark zu den Wahlkosten angeboten habe, wenn Stimmenthaltung zwischen Hoesch und dem Nationalliberalen Fuhrmann veranlaßt würde. Die sozialdemokratische Wahlleitung hatte dieses Angebot abgelehnt. In einem an die „städtischen Gewerbetreibenden" gerichteten Flugblatt, das auch der Kommission vorlag, drohte „die große Mehrheit der Landwirte im Wahlkreise Osterburg-Stendal" den Gewerbetreibenden den Boykott an, wenn sie den konservativen Kandidaten durchfallen lassen.

Der Kampf gegen die Schundliteratur.

Der vor einiger Zeit angekündigte Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend durch Zurschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen ist dem Reichstage nunmehr zugegangen. Der einzige Paragraph, der hinter § 43 in die Gewerbeordnung eingefügt werden soll, lautet:

„Schriften, Abbildungen oder Darstellungen dürfen in Schaufenstern, in Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an öffentlichen Orten nicht derart zur Schau gestellt werden, daß die Zurschaustellung geeignet ist, Aergernis wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben."

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft.

Aus der Begründung sei zunächst folgendes hervorgehoben:

„Die Betriebsstätten jugendgefährdender Darbietungen sind nach den angestellten Erhebungen hauptsächlich Buchhandlungen, Antiquariate, Papiergeschäfte, Zigarrenläden, Friseurgeschäfte usw., also Betriebe mit fester Verkaufsstätte, und vornehmlich durch die Zurschaustellung der Schriften, Abbildungen und Darstellungen in Schaufenstern in Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an öffentlichen Orten wird die Jugend angelockt. Der dadurch verursachten Gefährdung der Jugend wird wirksam entgegengetreten werden können, indem derartige Zurschaustellungen durch ein gesetzliches Verbot unterbunden werden. Dabei ist es indes erforderlich, festzulegen, daß es nicht darauf ankommt, ob die Jugend an der Zurschaustellung Aergernis nimmt, sondern lediglich darauf, ob Erwachsene an ihr Aergernis nehmen, weil sie dadurch eine sittliche Gefährdung der Jugend befürchten müssen."

Auf diese Weise wird der Schutzmann zum Zensor bestellt, denn er wird nun mit der Aufgabe betraut, das vorgeschriebene Aergernis zu nehmen. Zeloten, Muckern und Anbrüdern schnüffelnden ist damit ein weites Feld für ihre lichtscheue Tätigkeit eröffnet. Verboten wird nach dem Entwurfe die Zurschaustellung, also die Auslage und der Aushang von Schriften und Bildern, sowie die Aufstellung figürlicher Darbietungen hinter dem Schaufenster und in Schaukästen, die Anbringung von Mutoskopen an der Straße, auf Bahnsteighallen, ferner die Ausstellung von Bildern und Figuren in Schaubuden auf Volksbelustigungsplätzen usw., unter der Voraussetzung, daß diese Zurschaustellung derart erfolgt, daß sie geeignet ist, Aergernis wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben. Daß dieses Gesetz in dieser Form Annahme findet, ist nicht sehr wahrscheinlich.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagsruhekommission des Reichstags wurden am Donnerstag vormittag alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, die bezweckten, die Grenze für die Einwohnerzahl der Städte, in denen nach den Beschlüssen der bürgerlichen Kompromißmehrheit nach wie vor Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe gestattet sein soll, herabzusetzen. Die Beschränkung der Sonntagsarbeit auf Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, welchen Antrag die Genossen Cohen und Brühne begründeten, fand ebenso wenig Gnade vor den Augen der vereinigten bürgerlichen Parteien, wie die Beschränkung auf 25 000 Einwohner, die die Regierung empfohlen hatte, oder die auf 50 000 Einwohner, die das Zentrum eine zeitlang beantragt hatte. Mit 18 gegen die 11 Stimmen der Sozialdemokraten des Grafen Posadowsky, des Abgeordneten Marquardt, und der Christlichsozialen brachte das Zentrum, der Freisinn und die Nationalliberalen alle Versuche der Arbeitervertreter zum Scheitern, für die Angestellten mehr herauszuholen, und es blieb dabei, daß die Sonntagsruhe nur für die etwa 70 Städte mit über 75 000 Einwohnern eintreten soll. Ein konservativer Antrag und ein ähnlicher des rheinischen Zentrumsabgeordneten Astor wollten sogar noch die großstädtische Sonntagsruhe durch 2stündige Oeffnung der kleinen Geschäfte verderben. Das wurde nach lebhafter Bekämpfung durch den Genossen R. Schmidt gegen 6 Stimmen abgelehnt, aber der freisinnige Abgeordnete Doormann stellte auch hier noch einen Umfall für die zweite Lesung in Aussicht, weil Königshütte O.-Schl. demnächst über 75 000 Einwohner steige und den dortigen kleinen Geschäftsleuten auch geholfen werden müsse.

Dann begann man die Dauer der erlaubten Beschäftigungszeit für die Städte von unter 75 000 Einwohnern zu diskutieren. Unsere Genossen haben dazu beantragt, den drei bis fünf Stunden des bürgerlichen Kompromißantrages auf zwei Stunden, und zwar auf zwei zusammenhängende, spätestens 1 Uhr mittags beendete, herunter zu gehen und dafür den so beschäftigten Angestellten einen Wochennachmittag freizugeben. Die Abgg. Bender und Dr. Quarck (Soz.) begründeten diese Sicherung weitgehender Sonntagsarbeit eingehend. Insbesondere wies der letztere nach, daß viele Dutzende von Kleinstädten mit höchstens 20 000 Einwohnern heute schon die Sonntagsbeschäftigung auf eine bis zweieinhalb Stunden ortsstatutarisch herabgesetzt haben und zwar in Bezirken mit Großgrundbesitz im Osten so gut wie in solchen mit kleinbauerlicher Bevölkerung im Westen und Süden. Es gehe also und ohne Schlußstunden dürfe man die Sonntagsarbeit keinesfalls lassen, weil sonst wieder der Nachmittag den Beteiligten genommen werde. Die Nationalliberalen machten das interessante Zugeständnis, daß sie „de facto" auch für zwei Stunden Höchstbeschäftigungsdauer und für den Mittagsschluß sein, aber das Kompromiß mit den anderen Parteien (lies: Zentrum!) hindere sie, nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. Die Freisinnigen mußten von sozialdemokratischer Seite den Vorwurf hinnehmen, daß ihre Vertreter diesmal sozial noch viel rückständiger handelten, als ihre Parteigenossen vor 20 Jahren bei Schaffung der Sonntagsruhe. Eine amtliche und erschöpfende Darstellung sämtlicher deutscher Ortsstatute über Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe soll auf Antrag des Abg. Dr. Quarck endlich bis zur nächsten Sitzung gedruckt den Kommissionsmitgliedern ausgehändigt werden.

Wie das Zentrum in Köln-Land sein Wahlglück korrigierte.

Es wird bestimmt behauptet, und in Zentrumskreisen brüstet man sich damit, daß das Zentrum schon Monate lang vorher im weitesten Umfange seine getreuesten Anhänger zum Verzuge von Köln-Stadt nach Köln-Land veranlaßte. Dadurch soll es viele Hunderte an Stimmen gewonnen haben. Der Vorfall erinnert an ein Ereignis während der Wahl von 1912, wo das Zentrum viele Wähler aus seinem bombensicheren Kreise Merzig-Saarlouis nach Saarbrücken abschob, um hier den nationalliberalen Kandidaten Bassermann zu Fall zu bringen. Das Zentrum gab das damals ganz offen zu.

Eine Polizeizentrale in Württemberg.

In der Zweiten Kammer des württembergischen Landtags wurde am Mittwoch mit 49 gegen 32 Stimmen der von der Regierung beantragten Errichtung einer Landespolizeizentrale zugestimmt. Die Mittel für die Einrichtung dieser Landespolizeistelle wurden schon im vorigen Etat angefordert. Infolge des Widerspruchs, den die Vorlage besonders bei der sozialdemokratischen Fraktion fand, wurde ihre Erledigung damals zurückgestellt, und die Verweisung an einen Ausschuß beschlossen. Obgleich die sozialdemokratischen und volksparteilichen Vertreter von dieser Zentralstelle, die namentlich eine Sammelstelle für Fingerabdrücke schaffen und damit der Kriminalpolizei Unterstützung gewähren will, eine Beschränkung der polizeilichen Selbstverwaltung der meisten Städte befürchten, stimmte die Mehrheit des Landtags der Vorlage zu. Vom Minister des Innern wurde versichert, er denke nicht daran, in die Rechte der Gemeindepolizei einzugreifen. Trotzdem verdient die Einrichtung und die Weiterentwicklung der neuen Behörde das größte Mißtrauen, schon deshalb, weil ihre Befugnisse denen der Gemeindepolizei gegenüber nicht gesetzlich abgegrenzt sind, wie es unsere Fraktion forderte.

Keine Jesuiten — denn auch kein Segen des Himmels.

Zwischen der badischen Regierung und dem Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg schweben zurzeit Verhandlungen wegen der Wiederzulassung von Männerklöstern in Baden. Daß dabei sogar der Segen des Himmels und die Fruchtbarkeit für das liberale Musterländle auf dem Spiele steht, beweist die klerikale „Rastatter Zeitung"; sie schreibt:

„In dem schönen Lande Baden darf schon lange kein Männerorden mehr festen Fuß fassen. Dabei glaubt man aber deutlich bei uns einen besonderen Anfegen des Himmels zu fühlen. Schöne Rebgelände, oben, unten und mitten im Lande. Aber vielfach muß der Wein, entgegen früheren Zeiten, von auswärts bezogen werden. Warum gerade bei uns in der schönen Gegend so viele Mißjahre? Die Bestrebungen der Feinde der Kirche Christi, die Gottesleugnungen und die hin und wieder vorkommenden Gotteslästerungen, die einreißende Sittenlosigkeit, sind eben nicht geeignet, den Segen Gottes aufs Land herabzurufen, wohl aber Verschärfung des Strafwortes, das einst zu Adam nach erfolgtem Falle gesprochen wurde: Verflucht sei die Erde um deinetwillen."

Die badische Regierung hat, um der Not der Rebbauern zu steuern, 600 000 Mark in den Etat eingestellt. Das Geld hätte sie nach der Logik der klerikalen Presse sparen können, wenn sie die badischen Weinberge mit Jesuiten gedüngt hätte, die sicher billiger zu haben sind.

Frankreich.

Das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit sollte nach den Angaben seiner Urheber zur Auffüllung der stark geschwächten Kadres im Heere dienen. Als sich nun herausstellte, daß die Aushebungen mehr Mannschaften ergaben, bildete man einfach neue Bataillone und Truppenabteilungen; dadurch ist nun wieder eine neue Regelung und Vermehrung des Heeres notwendig geworden. Ein der Kammer vorgelegter Gesetzentwurf verlangt nun zwei neue Zuavenregimenter, die Vermehrung der Kompagnien der Alpenjägerbataillone, zwei Regimenter Chasseurs d'Afrique, Vermehrung der Artillerie in Afrika und endlich fast eine Verdoppelung des Geniekorps. So geht die unendliche Schraube des Militarismus weiter. Jede Heeresvermehrung gebiert eine neue Vermehrung.

Belgien.

Die Wahlbewegung wurde am vergangenen Sonntag mit einer Riesenversammlung zu Quaregnon in der Borinage, dem belgischen Kohlenbezirk, eingeleitet. Mehr als Zehntausend Arbeiter waren versammelt. Genosse Vandervelde sagte: „Der Ministerpräsident hat den Wählern zugerufen, sich über die Wahlreform auszusprechen. „Also sprecht Euch bei den Wahlen dafür aus. Sozialisten und Liberale bilden zusammen die Majorität des Landes und sie sind für die Revision des Wahlrechts. Wir werden diesmal allein in den Wahlkampf gehen. Aber der Hauptfeind sind die Klerikalen. Im Jahre 1916 ist es fünfzig Jahre her, daß wir in den Kampf für die Wahlreform eingetreten sind. Dieses Jahr muß ein Jahr des Triumphes des allgemeinen Wahlrechts werden."

Holland.

Um das Frauenwahlrecht. Anläßlich des von der Regierung mitgeteilten Vorhabens, das allgemeine Männerwahlrecht einzuführen, aber nur die Möglichkeit des Frauenwahlrechts zu eröffnen, allerdings unter der Bedingung, daß eine eventuelle Beschränkung des Frauenwahlrechts nicht nach dem Maßstabe des Besitzes erfolgen dürfe, hatte der bürgerliche Verein für Frauenwahlrecht in Amsterdam eine Demonstartion für die Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung veranstaltet. Während sich früher der Verein immer ziemlich feindlich gegen das allgemeine Wahlrecht verhielt, hat er jetzt die Konsequenzen aus der bevorstehenden Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts gezogen und agitiert auch für das allgemeine Frauenwahlrecht. Unter diesen Umständen konnte unsere Partei auch ihre frühere ablehnende Stellung gegen diesen bürgerlichen Verein ändern und nahm an der Demonstration teil. Zum ersten Mal sah Amsterdam eine nur aus Frauen bestehende Straßendemonstration. Mit ihren 1500 Teilnehmerinnen machte sie einen starken Eindruck. In dem nachfolgenden Massenmeeting, an dem auch unsere Genossen in großer Zahl teilnahmen, sprach im Namen unserer Partei Genosse Wibant unter starkem Beifall.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 20. Februar.

Achtung! Das Bielefelder Gewerkschaftskartell hat über die Firma H. C. König, Brennerei in Steinhagen i. W. wegen Wortbruchs den Boykott verhängt. König-Steinhäger kommt in den meisten Lübecker Wirtschaften zum Ausschank. Meidet denselben!

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Januar 1914. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amts am 31. Dezember 1913 114 452 Einwohner. Im Januar kamen 65 durch Geburtenüberschuß und 100 durch Wanderung hinzu, so daß unsere Einwohnerzahl sich um 165 vermehrte und am 31. Januar 114 617 (100 924) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der

	Summe	auf 1000 Einwohner
Eheschließungen	76 (57)	7,8 (5,9)
Geburten	199 (226)	20,4 (23,5)
Sterbefälle	134 (178)	13,7 (18,5)

Die Geburten nahmen also gegen das Vorjahr um 27 und die Sterbefälle um 44 ab, die Eheschließungen dagegen um 19 zu. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung belief sich darnach auf 65 (48) Köpfe. Unter den Geborenen waren 18 oder 9,05 % (38 oder 16,81 %) unehelich und 9 oder 4,52 % (10 oder 4,42 %) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 12 (31) Fällen auf unter 1 Jahr und in 40 (47) auf über 70 Jahre. Todesursachen waren in 19 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 13 Fällen Krebs und in je 12 Fällen Lungenschwindsucht und Gehirnschlag. Ansteckenden Krankheiten erlagen 5 Personen, davon starben 3 an Diphtherie und 2 an Scharlach. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 125 gemeldet, 62mal Scharlach, 48mal Diphtherie, 12mal Masern, 2mal Typhus und 1mal Granulose. Gewaltsamen Todes starben 7 Personen und zwar 2 durch Selbstmord und 4 durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung endete mit dem Gewinn von 100 Personen, 1601 Zuzügen standen 1501 Abzüge gegenüber.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H. hielt am 19. Februar ds. Js. ihre ordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Bericht für das Geschäftsjahr 1913 gegeben wurde. 1913, das Jahr des 25jährigen Bestehens der Bäckerei, hat ein gutes Resultat gezeigt. Aus dem vom Vorstand erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß der Umsatz des Geschäftes seit den letzten Jahren sich auf derselben Höhe gehalten hat. Der Umsatz 1913 betrug 1 133 496,63 Mk., der Bruttogewinn auf Waren war 402 720,55 Mk., der Warenverbrauch 713 431,60 Mk.; an die Niederlagen wurden 169 668,65 Mk. Prozente ausgekehrt. Die Betriebskosten, Reparaturen, Zinsen und Abgaben betrugen 211 263,36 Mk. Es verbleibt ein Ueberschuß von 39 133,— Mk. Abschreibungen auf Grundstücke, Inventar, Pferde und Wagen-Konto wurden im Betrage von 12 866,73 Mk. vorgenommen. Verbraucht wurden 26 475 Sack Mehl. In der eigenen Mühle wurden 18 725 Sack Getreide vermahlen. Der Sparverkehr war sehr rege, auf Spareinlagen-Konto wurden 178 008,03 Mark eingezahlt, es hat eine Höhe von 396 479,65 Mk. Die Summe der Aktiven und Passiven beträgt 822 937,14 Mk. Der Rechenschaftsbericht wurde genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder A. Beck und H. Radden wurden wiedergewählt. Der Reingewinn soll wie folgt verteilt werden: die Mitglieder erhalten für ihr Geschäftsguthaben 20 Prozent in Brotmarken à 50 Pfg., der Genossenschaftsbücherei werden 3000 Mk., dem Unterstützungsfonds 3500 Mk. überwiesen; ferner sollen erhalten der Arbeiterbildungsverein 300 Mk., der Verein für Ferienkolonien 150 Mk., das Diakonissenheim 100 Mk., die Waldschule 150 Mk., die Idiotenanstalt 150 Mk., die Fürsorgestelle für Lungenkranke 150 Mk., das Kinderhospital 100 Mk., das Krüppelheim 150 Mk., der Turnhallenbauverein 200 Mk. Zur Verfügung des Aufsichtsrates stehen 150 Mk. An Arbeitslose sollen am Jubiläumstage 1000 Brötchen à 50 Pfg. und im nächsten Winter 3000 Brötchen à 50 Pfg. verteilt werden. Die Niederlagen erhalten für die an die Bäckerei im Jahre 1913 abgeführten Netto-Brotbeträge 1 Prozent Rückvergütung, die im Geschäft tätigen Personen 3 Prozent von dem im Jahre 1913 empfangenen Lohn. Der Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Genossenschaftsbücherei und Lesehalle erstattet soeben ihren Bericht für das Jahr 1913. Die Bücherei umfaßte am Jahresschluß 5352 Bände. Lesekarten wurden im Laufe des Jahres 2106 ausgestellt, gegen 2054 im Vorjahre. Bäcker 17, Böttcher 6, Bauarbeiter 134, Buchdrucker 47, Buchbinder 26, Brauerei- und Mühlenarbeiter 15, Dachdecker 5, Fabrikarbeiter 163, Friseure 4, Gastwirtsgehilfen 17, Handlungsgehilfen 14, Holzarbeiter 113, Maler 66, Maschinisten und Heizer 12, Metallarbeiter 587, Schuhmacher 14 Schneider 56, Steindrucker und Lithographen 32, Steinsetzer 13, Steinarbeiter 15, Staats- und Gemeindearbeiter 36, Schlachter 8, Tabakarbeiter 9, Tapezierer 21, Transportarbeiter 355, Töpfer 4, Zimmerer 57, Arbeiter 12, andere Berufe 88, Familienangehörige 160. Bücher wurden 31 280 entliehen gegen 32 542 im Vorjahre. Auf die einzelnen Abteilungen entfallen: Volkswirtschaft und Politik 431, Gesetzbücher und Rechtswissenschaft 33, Geschichte 1216, Philosophie, Religion, Schule, Kunst 213, Naturwissenschaft 690, Gesundheitspflege (Alkoholismus) 113, Erdkunde und Reisebeschreibungen 690, Fachwissenschaft (Technik) 252, Unterhaltungs- und Zeitschriften 26 775 Bände. In der Lesehalle liegen 34 Tageszeitungen, 17 Gewerkschaftsblätter und 35 Zeitschriften aus. Die Lesehalle wurde im Berichtsjahre von zirka 5000 Personen besucht. Die Einnahmen beliefen sich auf 5234,36 Mk., die Ausgaben auf 4324,50 Mk., so daß am Jahresschlusse ein Bestand von 909,86 Mk. vorhanden war.

Den Kampf gegen die Volksfürsorge führte der Vorsitzende des hiesigen Versicherungsamtes, Rat Dr. Storck, am Mittwoch auch in der Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins in Lübeck. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse betonte der Herr in seinem Referat über die „öffentlich-rechtliche Lebens- und Volksversicherung", daß die „nationalen Kreise" ihre Volksversicherung gegründet hätten, weil sie befürchteten, daß die Agenten der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge sich auch als sozialdemokratische Agitatoren betätigen und sich in den Händen der Gewerkschaften und Konsumvereine große Kapitalien ansammeln könnten. In diesen Worten liegt klar enthalten, daß die angeblich gemeinnützige Volksversicherung nichts anderes ist als eine politische Gründung. Das ist zwar keine neue Entdeckung, aber man tut doch gut, solche Ausführungen aus kompetentem gegnerischen Munde gebührend festzuhalten. Die Arbeiter werden daraus ersehen, daß sie nur ihren Gegnern auf den Leim gehen, wenn sie sich nicht bei der Volksfürsorge versichern.

mh. **Die Erscheinungen des Lebens bei Pflanzen, Tieren und Menschen.** Volksbildungskursus in der Ernestinenschule. Die von Herrn Oberlehrer Dr. Steyer geleitete Vortragsreihe erreichte am gestrigen Abend ihr Ende. Der Vortragende wandte sich den Sinnesorganen zu und erläuterte an entsprechenden Beispielen den Unterschied zwischen Reiz und Empfindung. Bisher sprach man bei dem Menschen von fünf Sinnesorganen. Es gibt deren aber sechs. Auf das sechste Organ wurde man erst durch Erscheinungen in der Pflanzenwelt aufmerksam. Man hatte sich die Frage vorgelegt, wie es kommt, daß aus wahllos ausgesäten Samenkörnern, ein Feld entsteht, auf welchem die Halme parallel und gleichmäßig verteilt sind, wie wenn man die Samenkörner aufs peinlichste und genaueste gestreut hätte. Weiter untersuchte man, warum Pflanzen, die in eine horizontale Lage gebracht waren, sich stets wieder aufrichteten. Nach zahlreichen Experimenten fand man denn Zellen, die ein Gleichgewichtsempfinden aufwiesen, um sich der Schwerkraft der Erde anzupassen. Auch der Mensch besitzt ein solches Schwerkraftorgan, welches seinen Körper mit der Schwerkraft der Erde in Einklang bringt. Wenn das besagte Organ betäubt wird, was z. B. durch übermäßigen Alkoholgenuß geschieht, dann ist bei ihm das Gleichgewichtsempfinden mehr oder minder verschwunden und der Körper gerät ins Schwanken. Alsdann beschäftigte sich der Vortragende mit bekannteren Themen und sprach über den Tast- und Gehörsinn, die Wärme- und Lichtempfindung und den Geschmack und Geruch, wobei er reiches Anschauungsmaterial benutzte. Am Schlusse seines Vortrages angelangt, erklärte Herr Oberlehrer Dr. Steyer sich in liebenswürdigster Weise bereit, am kommenden Sonntag vormittag mit den Teilnehmern des Kursus eine Besichtigung im Museum vorzunehmen. Nachdem vom Vertrauensmann einige Dankesworte an den Vortragenden gerichtet waren, ging man vollbefriedigt auseinander.

Als Geschworene für die im März stattfindenden Schwurgerichtsverhandlungen wurden heute vormittag ausgelost: Fischermeister Eder (Gothmund), Kunstgärtner Miesling, Maler Meyer, Tischlermeister Müter, Oberlehrer Dr. Bauer, Kaufmann Pagels, Architekt Stapelfeldt, Prokurist Stoß, Hufner Henck (Grammersdorf), Meiereibesitzer Plambeck, Schlossermeister Stallbaum, Zimmermeister Behrens, Hofbesitzer Platé (Süseler Hof), Kaufmann Dugge, Vizeadmiral Ehrlich, Förster Hoffmann (Albsfelde), Direktor Reiber, Zimmermeister Speetzen (Gnissau), Kaufmann Jensen, Kaufmann Cuwie, Schuhmacher Molge, Tischlermeister Mühlke, Kaufmann Fromm (Schwartau), Kunst- und Handelsgärtner Moll (Stockelsdorf), Bäckermeister Nolte, Maler Dose, Kaufmann Alm, Prof. Dr. Gensgen, Vermessungsingenieur Aewerdieck, Gemeindevorsteher Siemers (Poggensee). — Arbeiter sind natürlich in diesem „Volksgericht", obwohl einige der angeführten Handwerker den Meistertitel nicht führen, nicht vertreten. Dabei sind doch die Tagegelder hauptsächlich beschlossen, um diesen die Möglichkeit zu geben, als Geschworene und Schöffen zu fungieren.

b. **Erste Strafkammer** am 20. Februar. Warnung für Kraftwagenführer. Gegen das schäffengerichtliche Erkenntnis, das den Kraftwagenführer B. wegen Vergehen gegen § 230 des Str.-G.-B. zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilte, legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. B. hatte vor längerer Zeit in der Moltkestraße einen jungen Mann angefahren, der einen Handwagen vor sich herschob. Bei dem Zusammenstoß erlitt der Jüngling erhebliche Verletzungen, an denen er heute noch zu doktern hat. Einen Teil der Schuld soll angeblich auch ihm zur Last fallen. In der heutigen Verhandlung wurde das Urteil erster Instanz aufgehoben und B. zu 150 Mark Strafe verurteilt. Dem Angeklagten wurde zugut gerechnet, daß er in seiner 6jährigen Führertätigkeit noch keine Schuld auf sich geladen hatte, zum andern aber wurde gesagt, wenn das zu schnelle Fahren nicht zutreffe, so hätte er beim Langsamfahren eben doch auch tüchtig aufpassen müssen.

Selbst gestellt. Nach fast zweijähriger Abwesenheit sind die Bauunternehmer Meyer und Vierig, die eine ganze Anzahl hiesiger Einwohner um größere Summen betrogen hatten und dann das Weite suchten, zurückgekehrt und haben sich Donnerstag abend der Staatsanwaltschaft gestellt. Vorher stärkten sie sich zu diesem Schritt in einer Wirtschaft in der Burgstraße. Gelder hatten sie nicht mehr in ihrem Besitz. Wo sich die beiden bisher verborgen hatten, wird die Untersuchung ergeben.

Wozu Soldaten verwandt werden. In der oberen Glockengießerstraße konnte man gestern nachmittag sehen, wie eine Anzahl Soldaten unter Aufsicht eines Unteroffiziers dabei beschäftigt war, aus einem großen, mit der Aufschrift „Kriegsmarine-Ausstellung" versehenen Wagen Gegenstände in die Katharinenkirche zu schaffen. Diese sogen. Kriegsmarine-Ausstellung ist eine private Veranstaltung des Deutschen Flottenvereins. Daß dabei Soldaten Handlangerdienste tun müssen, läßt darauf schließen, daß die Zeit, welche zur Ausbildung des Militärs vorgesehen ist, zu lang bemessen ist. Arbeitslose sind doch in Lübeck mehr als genug vorhanden; ihnen brauchten doch nicht die Soldaten das Brot wegzunehmen.

Arbeiterrisiko. In der Tischlerei von Peters, Pelzerstraße, geriet am Mittwoch vormittag 9½ Uhr der Tischler Barten mit der rechten Hand der Kreissäge zu nahe und verletzte sich dabei vier Finger erheblich. Der Verunglückte mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 1. bis 7. Februar sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in Aachen 17,3, Altona 16,0, Augsburg 21,2, Barmen 13,9, Berlin 15,4, Berlin-Schöneberg 11,2, Berlin-Wilmersdorf 8,0, Bochum 18,9, Braunschweig 16,8, Bremen 11,2, Breslau 19,2, Cassel 15,9, Charlottenburg 10,1, Chemnitz 16,8, Cöln 16,7, Crefeld 16,4, Danzig 16,3, Dortmund 13,8, Dresden 12,8, Duisburg 15,8, Düsseldorf 10,8, Elberfeld 15,4, Erfurt 13,6, Essen 13,7, Frankfurt a. M. 11,3, Gelsenkirchen 12,6, Halle 15,4, Hamborn 14,0, Hamburg 15,4, Hannover 14,3, Karlsruhe 12,2, Kiel 13,4, Königsberg 15,5, Leipzig 14,3, Lübeck 15,6, Magdeburg 16,3, Mainz 23,5, Mannheim 13,7, Mülheim a. d. R. 14,2, München 15,9, Neukölln 8,9, Nürnberg 15,4, Plauen i. V. 12,1, Posen 17,1, Saarbrücken 15,2, Stettin 15,5, Straßburg 18,6, Stuttgart 12,1, Wiesbaden 13,2, London 16,6, Paris 23,3, Wien 16,2.

Handelsregister. Am 19. Februar 1914 ist eingetragen: 1. bei der Firma Translatik-Kunstanstalt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des A. Christiansen in Lübeck ist erledigt. Der Kaufmann Arthur Benrath in Berlin ist neu zum Geschäftsführer bestellt. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Berlin verlegt. 2. Bei den Firmen a) E. Püllchen, b) H. Hennings in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

pl. **Eine Baubude erbrochen.** In der Nacht vom 18. zum 19. ds. Mts. ist auf dem Grundstück Hansastraße 160 eine Baubude erbrochen worden. Aus derselben wurden folgende Gegenstände gestohlen: 1 Paar lange, an der inneren Seite des rechten Fußes geflickte Stiefel, 1 Paar Schnürstiefel, 1 Paar halblange Stiefel, 2 blaue Arbeitsblusen, 1 hellgestreifte blaue Arbeitshose und 1 Leibriemen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute, Freitag, findet der erste Abend des Lustspiel-Zyklus statt. Das bis jetzt recht gute Sonder-Abonnement für den Zyklus hat gezeigt, daß die Direktion mit dieser Veranstaltung das richtige getroffen hat. Auf die Aufführung von „Tiefland" am Sonnabend, die letzten Sonntag bei ausverkauftem Hause einen vollen Erfolg erzielte, sei noch einmal hingewiesen. Sonntag abend geht neueinstudiert die entzückende Operette „Giroflé-Girofla" des Franzosen Lecocq in Szene. „Giroflé-Girofla" war früher der Liebling des Publikums und dürfte am Sonntag zu den alten Freunden noch viele neue gewinnen.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen — Sonnabend — von 5 bis 7¼ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde" statt.

Schlutup. Achtung, Parteimitglieder! Morgen, Sonnabend, abends 8¼ Uhr, findet im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde", unsere allmonatliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Mehrlein über „Die Erwerbung und Bedeutung des Lübeckischen Bürgerrechtes". Versäume niemand dieser Versammlung beizuwohnen.

Travemünde. Eine Parteiversammlung findet am Sonntag, dem 22. Februar, nachmittags 5 Uhr im Lokal von Westphal statt. Auf der Tagesordnung steht außer einem Vortrag des Genossen Bromme die Lokal- resp. Saalfrage, die für die Travemünder Arbeiterschaft besonders wichtig ist. Aus dem Grunde ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Fürstentum Lübeck. Die diesjährigen Musterungen im Fürstentum Lübeck werden abgehalten: 1. in Schwartau in Hoyers Hotel a) Montag, den 16. März dss. Js., vormittags 9 Uhr, für die Gemeinden Schwartau, Ost-Ratekau und West-Ratekau; (b Dienstag, den 17. März d. Js., vormittags 9 Uhr, für die Gemeinden Obernwohlde, Curau, Stockelsdorf und Rensefeld; 2. in Ahrensböck in Weidemanns Hotel Mittwoch, den 18. März d. Js., vormittags 8 Uhr, für die Gemeinden Stadt und Land Ahrensböck, Siblin, Gnissau und Gleschendorf; 3. in Eutin in Röpers Gasthof zum Landhaus a) Donnerstag, den 19. März d. Js., vormittags 8¼ Uhr, für die Stadt Eutin und die Gemeinde Redingsdorf; b) Freitag, den 20. März d. Js., vormittags 8¼ Uhr, für die Gemeinden Süsel, Land Eutin, Malente, Neukirchen, Bosau; außerdem Verhandlung der Reklamationen aus sämtlichen Gemeinden. Die in den Jahren 1892, 1893 und 1894 und die früher geborenen Militärpflichtigen, die noch keine endgültige Entscheidung über ihre Militärverhältnisse erhalten haben oder nicht ausdrücklich von der Gestellung entbunden worden sind, müssen sich zu der Musterung, die für die Gemeinde ihres Aufenthaltsortes bestimmt ist, pünktlich zur angegebenen Stunde persönlich einfinden.

e. **Stockelsdorf.** Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Dienstag abend in Paetaus Gesellschaftshaus Fackenburg statt. Zunächst ward das Andenken des verstorbenen Genossen G. Gasau durch Erheben von den Sitzen geehrt. Vorgeschlagen zur außerordentlichen Generalversammlung in Schwartau wurden O. Nickel, H. Westphäling, H. Schulz und Genossin Evers. Gewählt wurden Genosse Schulz, Westphäling und Genossin Evers. Es folgte der Kartellbericht, der vom Genossen Sietz gegeben wurde. In das Zentralwahlkomitee zur Landtags-Ersatzwahl wurden die Genossen Schulz und Stuhr gewählt.

Schwartau-Rensefeld. Eine Parteiversammlung findet heute, Freitag, abend 8½ Uhr im Gasthof „Transvaal" statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Dr. Schlomer. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Hamburg. Schiffskollision auf der Elbe, ein Mann ertrunken. Am Donerstag morgen 6½ Uhr fuhr die Dampfbarkasse „D. A. P. G." mit mehreren Arbeitern elbaufwärts. Als sie sich vor dem Grenzkanal befand, kam aus diesem Kanal der Fährdampfer „Rehls". Der Führer der Barkasse konnte sein Fahrzeug nicht mehr so schnell stoppen. Er rannte mit voller Fahrt gegen die Backbordseite des Fährdampfers. Diesem sind mittschiffs die beiden Wallschienen durchstoßen. Die Barkasse hat den Vordersteven gebrochen und einige Platten eingedrückt. Durch den kolossalen Anprall der beiden Schiffe gegeneinander ist der Maschinenbauer H. Sandvoß aus der Barkasse über Bord gestürzt. Es wurden dem Verunglückten sofort Rettungsringe nachgeworfen. Außerdem ist eine Barkasse sofort zur Rettung herbeigeeilt. Aber der Mann konnte nicht aufgefunden werden. Er ist ertrunken. Der Maschinist der Barkasse hat eine Verletzung am Kopfe erlitten.

Lüneburg. Partei-Konferenz für den 16. hannoverschen Reichstagswahlkreis. Der Kreisvorstand hatte zum 15. Februar nach dem Gewerkschaftsheim in Lüneburg eine Konferenz einberufen, zu der die Vorsitzenden der einzelnen Ortsvereine und der Geschäftsführer des „Volksblatt" eingeladen waren. Seit dem Tode des Genossen Emil Fischer war der Genosse Emil Krause-Hamburg Reichstagskandidat. Dieser hatte schon wiederholt darauf hingewiesen, daß er wegen Ueberlastung auf die Kandidatur verzichten müsse. Das ist denn auch geschehen. Die Konferenz hat nun einstimmig beschlossen, den Genossen Hüffmeier-Hamburg als Reichstagskandidaten aufzustellen. Genosse Hüffmeier ist Vorsitzender im Zweigverein Hamburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Der Genosse Hüffmeier hat sich bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen. Eingehend wurde die Agitation im Kreise besprochen. Es wurde dabei betont, daß eine frühere Herausgabe des Volkskalenders vom Provinzialvorstand gefordert werden müsse.

Literarisches.

Im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Aus meinem Leben.** Von August Bebel. Dritter Teil (Schlußband.) Herausgegeben von Karl Kautsky. VIII und 270 S. Preis broschiert 1,80 Mk., gebunden 2,25 Mk. Inhaltsverzeichnis: Vorwort des Herausgebers. Die Beratung des Sozialistengesetzes. Die nächsten Wirkungen des Gesetzes. Die ersten öffentlichen Lebenszeichen der Partei. Die Gründung der illegalen Parteipresse. Das Richtersche Jahrbuch. Der „Sozialdemokrat". Die Verbreitung des „Sozialdemokrat" und der rote Postmeister. Die Reichstagssession von 1879. Eine verlorene Erbschaft. Kämpfe mit der deutschen Polizei. Einiges über Versammlungen unter dem Sozialistengesetz. Minierarbeit. Die Reichstagssession von 1880. Vor, während und nach dem Wydener Kongreß. Der kleine Belagerungszustand über Hamburg-Altona und Umgegend. Der Kanossagang nach London. Die erste Session des Reichstages im Jahre 1881. Der kleine Belagerungszustand über Leipzig und Umgegend. Meine Wahl in den sächsischen Landtag. Die allgemeinen Reichstagswahlen im Herbst 1881. Ein Nachspiel zur Dresdener Reichstagswahl. Totgesagt. Im sächsischen Landtag 1881 bis 1882. Der erste Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht vom 10. bis 21. Oktober 1881. Unstimmigkeiten. Die Züricher August-Konferenz. Ruhetage. Nachwort des Herausgebers. Namen-Verzeichnis.

Griebens Reiseführer. Paris und Umgebung. Verlag von Albert Goldschmidt, Berlin. Preis 3,50 Mk. Wohl ist die eigentliche Reisezeit noch nicht gekommen, aber die Pläne zu den größeren Reisen, die im Frühling und Sommer unternommen werden sollen, schmiedet man schon. Auch in Arbeiterkreisen regt sich bereits die Reiselust. Gesangvereine, gewerkschaftliche Organisationen und andere Vereinigungen bereiten Touren vor, die sich teilweise sogar bis nach Paris erstrecken. Will man fremde große Städte besuchen, so bedarf man dazu eines verläßlichen Reiseführers. Ein solcher ist Griebens „Paris und Umgebung". Das praktische, handliche und haltbare Buch gibt Auskunft über die Eintrittszeiten für die wichtigsten Museen, Sammlungen usw., es unterrichtet über alles weitere Wissenswerte wie Wohnung und Verpflegung, Verkehrswesen, Zeitungen, Behörden, Unterhaltungen. Auf fünf Orientierungswegen lernt der Leser alle Sehenswürdigkeiten von Paris kennen. Auch die Pariser Vorstädte und die Umgebung dieses großen Kulturzentrums sind in dem Buch berücksichtigt, das mit einem Straßenverzeichnis und einem alphabetischen Register versehen ist. Eine ganze Anzahl von Karten und Plänen, sowie Grundrisse des Louvre, Hotel des Invalides erhöhen den Wert des Führers. Wer die französische Hauptstadt besuchen oder sich nur über dieselbe eingehend orientieren will, dem kann Griebens „Paris und Umgegend" angelegentlichst empfohlen werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Alleinverkauf für Lübeck!
Bismarck-Quell
vorzüglich bekömmliches Mineralwasser, mit natürlicher Kohlensäure versetzt
1/1 Flasche ohne Glas **25** ₰ bei 20 Fl. **4.00**
1/2 Flasche ohne Glas **15** ₰ bei 20 Fl. **2.50**

Freitag und Sonnabend:

Billige Lebensmittel

Wild und Geflügel

Griechischer
Dessert-Wein
gold und rot, vom Faß
Liter **95** ₰

Frisches Fleisch

Ia. kernf. Schweinefleisch ℔ 70 ₰

Bratenstücke	Pfd. 75 ₰
Schinken, 10–12 Pfd.	„ 85 ₰
Karbonade	„ 95 ₰
Ia. Flomen	„ 70 ₰
Rückenfett	„ 60 ₰

Ia. kernfettes Rindfleisch ℔ 75 ₰

Bratenstücke	Pfd. 90 ₰
Gulasch und Gehacktes	„ 85 ₰
Rollfleisch	„ 1.00 M.
Roastbeef mit Filet	„ 1.00 M.
Beefsteak	„ 1.20 M.

Ia. Mastkalbfleisch ℔ 1.00 M.

Keule und Rücken	Pfd. 1.10 M.

Ia. Hammelfleisch ℔ 90 ₰

Bratenstücke	Pfd. 1.00 M.

Ia. rein. Schweineschmalz ℔ 80 ₰
Rauchfleisch ℔ 95 ₰ und 85 ₰

Zwiebelleberwurst . . ℔ 55 ₰
Mecklbg. Leberwurst . ℔ 70 ₰
Ia. Preßwurst . . . . ℔ 90 ₰
Ia. geräuch. Mettwurst ℔ 1.30
Ia. ger. Schinkenwurst ℔ 1.40
Ia. gekochte Mettwurst ℔ 85 ₰
Ia. Kohlwurst . . . . ℔ 90 ₰

Ia. starke Hasen, gestreift . . Stück 4.00 **3.75**
Ia. Wildkaninchen gestreift . . Stück 1.00 **90 ₰**

	Rücken	Keule	Blatt	Ragout
Hirschfleisch Pfd.	90 ₰	1.00	80 ₰	30 ₰

Keule ohne Knochen . . . . . Pfund **1.20**
Ia. Milchmast-Kapaunen 4–4½ Pfd. . Pfd. **1.25**
Ia. schwere Suppenhühner St. 3.25, 3.00, 2.75 **2.50**
Ia. junge Brathähne ca. 1¼ Pfund schwer . **1.75**

Ia. Birkwild . . . . . Paar **4.75**
Ia. junge Fasanenhähne . . . Stück 3.50 **3.25**

Sonnabend eintreffend:

	Rücken	Keule	Blatt	Ragout
Wildschwein Pfd.	1.00	1.00	80 ₰	30 ₰

Ia. Rügenwalder Gänsepökelfleisch
Keulen . . . . . Pfd. **75 ₰**
Rückenstücke . . . . . Pfd. **60 ₰**

Frische Seefische

Pa. Schellfisch . . . . ℔ 45 ₰
Pa. Kabeljau ℔ 30 im Ganz. ℔ 25 ₰
Pa. Seelachs ℔ 30 im Ganz. ℔ 25 ₰
Fischkarbonade . . . ℔ 45 ₰
Fischfilet . . . . . ℔ 60 ₰
Pa. Ostseedorsch Pfund **35 ₰**

Lebende Fische

Lebende Portionsschleie ℔ 1.40
Lebende Karpfen . . . ℔ 1.10
Lebende Brachsen . . ℔ 75 ₰
Lebende Hechte . . . ℔ 1.00

Lebendfrische Rotaugen ℔ 25 ₰

Freitag und Sonnabend Fortsetzung des Großen Konserven-Verkaufs.

Zum Verkauf kommen nur Normaldosen in strammer Packung und erstklassigen Qualitäten aus renommierten Braunschweiger Fabriken.

	½ D. 1 ℔	1/1 D. 2 ℔		½ D. 1 ℔	1/1 D. 2 ℔		½ D. 1 ℔	1/1 D. 2 ℔
Stangensparg., extrast.	1.03	1.95	Jg. Schoten, extra . .	60	1.10	Wachsbohnen Ia. . .	28	45
Stangensparg., sehr st.	1.00	1.85	Jg. Schoten II, fein . .	40	70	Junge Schnittbohnen	—	28
Stangensparg. II, stark	93	1.75	Jg. Schoten, mittel . .	33	—	Junge Brechbohnen .	—	28
Stangensparg. III, mitt.	85	1.60	Suppenerbsen . . .	24	38	Teltower Rübchen . .	38	65
Stangensparg. IV . .	70	1.40	Schoten m. Karotten III	23	36	Spinat	27	43
Spargelköpfe, grün .	73	1.35	Jg. Karotten, extraklein	35	60	Kohlrabi I, ganze Köpfe	28	45
Brechsparg., extrastark	85	1.60	Jg. Karotten, klein . .	33	55	Kohlrabi in Scheiben .	21	32
Brechsparg., stark . .	75	1.40	Jg. Karotten, gewürfelt	—	28	Rote Beete	23	35
Brechsparg., dünn . .	53	95	Leipz. Allerlei, mittel	38	65	Senfgurken	—	80
Brechspgl. II, ohn. Kopf	43	75	Gartenbohnen I . . .	38	66	Steinpilze	60	1.10
Kaiserschoten . . .	65	1.20	Gartenbohnen II . . .	35	60	Pfifferlinge	38	65

Butter und Käse.

Ia. Molkerei-Butter . . . ℔ 1.40	Ia. Schweizerkäse . . . ℔ 90 ₰	Pa. Tilsiter Käse:
Meierei-Butter . . . . . ℔ 1.35	Ia. Emmenthaler Käse . . ℔ 1.10	in Stücken . . ℔ 65 58 50 40 ₰
Tischbutter . . . . . ℔ 1.30	Echter Edamer Käse . ℔ 1.10 1.00	in ganz. Broten ℔ 62 55 47 35 ₰
Meine Spezialmarke	Holländer Käse . . ℔ 1.00 80 ₰	Kräuter-Käse . . Kegel 15 8 ₰
Margarine . . . . . ℔ 75 ₰	Romatour-Käse . Stück 30 25 ₰	Camemb.-Käse Schacht. 28 24 ₰

Jeden Freitag und Sonnabend
Frische Blutwurst . . Pfd. **70 ₰**
Frische Leberwurst 3 Stück **25 ₰**

Sonnabend, ab 4 Uhr
mein beliebtes
Mockturtle-Ragout
pr. Pfd. **1.20** M.

Ein Waggon
Apfelsinen
12 Stück 58 48 30 **25** ₰
100 Stück 4.50 3.50 2.25 **1.80** M.

Blutapfelsinen 12 Stck. 80 60 **40 ₰** | 100 Stck. 6.00 4.50 **3.00**
Zitronen . . . . 12 Stck. 60 50 **40 ₰** | 100 Stck. 4.50 3.50 **2.80**
Kochäpfel 2 Pfund **55 ₰** | 5 Pfund **1.25**

1177

Rudolph Karstadt

Wenig gebrauchter guterhaltener **schwarzer Konfirmandenanzug** bill. zu verkaufen. (1170
Tremskamp 23. Schwartau.

Klapp-Sportwagen bill. z. verkaufen
1182) Warendorpstraße 25, part.

Ein **Sitz- und Liegewagen** zu verkaufen (Brennabor).
1188) Kerkringstraße 42.

Mehrere Kanarienweibchen
zu verkaufen. (1180
Brüderstraße 6.

40 Ferkel und 20 Zugänger billig zu verk. **J. Klüwer**, (1169
Schwart. Allee 133.

Elegant. Damen-Maskenanzug
zu vermieten.
1162) Schönkampstraße 9a. II.

Damen-Maskenanzug 1178
zu vermieten. Preis 2.50 Mk.
Warendorpstr. 50, II. b. Schlachthaus.

Flotte Herren-Masken-Anz. bill. zu verm. Westhoffstr. 37, part. (1091

Flottes Damen-Maskenkostüm
billig zu vermieten.
1163) Brüderstraße 5a. II.

Neues elegant. Damen-Masken-Kostüm (Biedermeier und Schwedin)
1168) Engelsgrube 70, part. r.

Landrauch-Mettwurst
Pfund Mk. 1.20. (1181
frische hiesige Eier Stück 8 Pfg.
empf. **Wilh. Süfke**, Warendorpstr. 25.

1 Gaskrone, 2 4fl. Gasarme, 3 Wandarme, 1 Kleiderschrank billig zu verkaufen. (1164
Mühlenstraße 34.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Speziallager für Manufakturwaren
Königstraße 111.

Zur Konfirmation
empfehlen wir unseren Mitgliedern

Kleiderstoffe schwarz und farbig in nur guten gediegenen Qualitäten.

Neuheiten in Blusenstoffen.

Große Auswahl in:
Damen-, Herren- u. Kinderwäsche, Korsetts, Unterröcke, Schürzen, Kragen, Serviteurs u. Manschetten, Hosenträger, Taschentücher, Krawatten in den neuesten Dessins.

1160

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 43. Freitag, den 20. Februar 1914. 21. Jahrg.

Klerikale Klagen über die Unmoral in Bayern.

Seit Ende voriger Woche beschäftigt sich die bayerische Abgeordnetenkammer mit dem weitläufigen Gebiet des Ministeriums des Innern. Dabei nahmen die klerikalen Predigten über die Unmoral der Welt, beim Karneval angefangen bis zum Geburtenrückgang, einen breiten Raum ein. Die Sozialdemokratie und die Großstädte bilden den Seuchenherd des Erdenballes. Das christlich-katholische Land sei aber der Hort der reinen Sitte und das Bollwerk gegen die Unfruchtbarkeit und gegen den Umsturz. Diese klerikalen Jeremiaden wurden von den Genossen Segitz und Eduard Schmitt durch Tatsachen in ihrer ganzen Sinnlosigkeit aufgedeckt. Nicht die Sozialdemokraten sind die Totengräber der Menschheit, wie ein Zentrumsredner die Sozialdemokraten nannte, weil sie früher angeblich den Geburtenstreik propagierten, sondern die politischen Parteien, die die Verteuerung der Lebensmittel verschuldeten, und die christlichen Hausbesitzer, die keine Kinder in ihren Häusern dulden. — Der liberale Prof. Günther wies bei der Frage des Geburtenrückganges noch auf die interessante Tatsache hin, daß gerade die kleinen Städte in Bayern, in denen noch Kirche und Zentrum unbeschränkt herrschen, eine so niedrige Geburtsziffer und eine so hohe Sterblichkeitsziffer haben, daß ihre Bevölkerung absolut auch ohne Abwanderung zurückgeht. Eine schwere Niederlage habe das Zentrum in seinem Kampf gegen die Leichenverbrennung erlitten. Es wurde nachgewiesen, daß man sich in Bayern trotz des Widerstandes des Zentrums und trotz der Erklärung der Bischöfe gegen gute Bezahlung doch mit Kirchensegen verbrennen lassen kann.

Auf den scharfen Protest der Sozialdemokraten gegen die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister und auf die Frage nach den Beweisen für die „Unzuverlässigkeit sozialdemokratischer Gemeindebeamter", versuchte Herr v. Soden durch gemütliches Zureden seine verfassungswidrige Praxis zu verteidigen. Gegenüber den Sozialdemokraten sei wegen ihrer republikanischen Ueberzeugung Vorsicht geboten. Der Minister, der sich auch auf seinen badischen Kollegen v. Bodman berief, fügte diesen Worten aber hinzu: „Ich bin allerdings der Meinung, daß man das Gute nehmen soll, wo es sich findet, und daß auch das Gute, das von Ihrer Seite (nach den Sozialdemokraten gewendet) kommt, seitens der Regierung aller Berücksichtigung wert ist. Ich habe den Eindruck gehabt, als ob wir uns im Laufe der Session trotz aller prinzipiellen Gegnerschaft recht gut miteinander vertragen hätten." Auf der linken Seite des Hauses brach bei diesen Worten große Heiterkeit aus, die sich noch steigerte, als auf den Zwischenruf nach Beweisen für die angebliche Unzuverlässigkeit der sozialdemokratischen Bürgermeister Herr v. Soden erklärte: „Ja, bis jetzt sind Fälle von Pflichtverletzung durch sozialdemokratische Gemeindebeamte nicht vorgekommen. Wenn solche Fälle nicht vorgekommen sind, habe ich das nur mit Freuden zu begrüßen. Es ändert das aber nichts an der notwendigen Vorsicht. Sie würden auch nicht ausgesprochene Monarchisten in leitende Stellungen tun."

Die Generaldebatte über den Etat des Ministeriums des Innern wurde hierauf geschlossen. Hervorgehoben zu werden verdient noch eine Aeußerung des Bauernbündlers Lutz, der den Geist des Zirkus Busch zitiert und ganz im Sinne der preußischen Junker gegen alle sozialpolitische Gesetzgebung die Losung wiederholte: „Das Ganze Halt!"

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 19. Februar 1914.
218. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Der Fall der Witwe Hamm.

Dittmann (SD.): Es handelt sich hier nicht um die Angelegenheit einer politischen Partei, sondern um eine Angelegenheit der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Die Bauernfrau Hamm aus Flandersbach ist 1908 zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden; inzwischen hat sich ihre Unschuld ergeben, und weite Kreise des Volkes verlangen die Wiederaufnahme des Verfahrens. Dem stellen sich aber illegale Einflüsse entgegen, und diese zu beseitigen ist der Zweck der heutigen Besprechung. Der Redner schildert nun den bekannten Fall und die verhängnisvolle Rolle, die der damalige Kriminalkommissar v. Treskow dabei gespielt hat. Das Urteil ist juristisch eine Ungeheuerlichkeit, denn es ist eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord, ohne daß festgestellt ist, ob wirklich ein Mord vorliegt und nicht etwa ein Totschlag oder Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Der Nachweis, daß es sich um das letztere handelt, muß allein schon die Wiederaufnahme des Verfahrens herbeiführen. Dieser Nachweis ist durch die Untersuchungen des Polizeirats Braun geführt. Die Unglaubwürdigkeit des Herrn v. Treskow ist evident; Bruch des Ehrenwortes, falsche eidesstattliche Versicherung, Verleumdung, Anstiftung zum Diebstahl, Lancieren von Artikeln gegen Vorgesetzte zur Zeit, als er noch im Dienst war, wird ihm nachgesagt. Als das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, nahm er seinen Abschied ohne Pension. Er hat dann eine Detektei errichtet, deren Spezialität die Konstruktion von Ehebrüchen und das Ausleihen von Liebhabern und Liebhaberinnen zu diesem Zwecke ist. Auch im Fall Hamm wird ihm vorgeworfen, Zeugen zu falschen Aussagen beeinflußt zu haben. Angesichts der Tatsache, daß auch neues Material über die aufgefundenen Beweisstücke vorliegt, müßte jeder Laie glauben, die Elberfelder Staatsanwaltschaft hätte längst von Amts wegen die Wiederaufnahme des Verfahrens veranlaßt und die Strafhaft unterbrochen. Aber im Gegenteil, sie sträubt sich, und zeigt eine Voreingenommenheit, daß man geradezu von passiver Bestimmung, daß über die Wiederaufnahme eines Verfahrens dasselbe Gericht zu befinden hat, vor dem das erste Verfahren geschwebt hat. Kein Mensch desavouiert sich gern selbst, und so wird jeder Beweisantrag als ein Angriff auf die juristische Fähigkeit der Richter angesehen. Im Handumdrehen wird so aus einer Frage der Gerechtigkeit eine Frage des Ansehens des Gerichts. Das Verhalten der Elberfelder Justizbehörden ist geradezu unglaublich. Die Vernehmung der neugenannten Zeugen wird verschleppt, und für die vermutlichen Täter hat die Staatsanwaltschaft ein förmliches Faible. Dagegen hat der Staatsanwalt Dr. Binder am 20. September 1913 nach einer vorliegenden eidesstattlichen Versicherung dem Bruder der Frau Hamm erklärt: Es bleibt, wie es ist, Ihre Schwester ist verurteilt, und das Urteil bleibt bestehen, daran wird nicht geändert. Auch der Untersuchungsrichter im letzten Herbst hat es an der nötigen Objektivität fehlen lassen. Jetzt ist ein neuer Staatsanwalt und ein neuer Untersuchungsrichter mit der Sache betraut. Der Stein ist im Rollen, und wenn das Recht jetzt ungehindert seinen Lauf nehmen kann, wird, davon bin ich überzeugt, Frau Hamm bald ihre Freiheit wiedererlangen. Von der Stellung eines formalen Antrages sehe ich ab, der Staatssekretär wird und muß aus unserer Besprechung vor dem Forum des ganzen deutschen Volkes die Handhabe gewinnen können, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Darum handelt es sich für uns. Nicht in ein schwebendes Verfahren wird eingegriffen, sondern es soll gerade durch unsere Erörterung verhindert werden, daß illegale Einflüsse den rechtmäßigen Gang des Verfahrens hintertreiben. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Pfeiffer (Z.): Jede Verurteilung eines Unschuldigen ist die Sache aller anständigen Menschen. (Lebh. Zust.) Der 86 Seiten lange Schriftsatz des Kriminalkommissars v. Treskow war der reine Roman, Sherlock Holmes ist nichts dagegen. Beweisend für ihn war z. B, daß der wachsame Hund Hamms nicht gebellt hat. Dabei hat er ganz übersehen, daß der in der Tat verdächtige Gelegenheitsarbeiter Haberkorn den Hund in dieser Nacht zu sich ins Haus genommen hatte. Der Staatsanwalt und die Gerichtsbehörden haben völlig versagt. Die Privatdetektivinstitute sollten der Konzessionspflicht und der Aufsicht unterstellt werden. Denn in Berlin ist eigentlich kein Mensch mehr vor Bespitzelung sicher. Von dem Kriminalkommissar Treskow sind noch andere Fälle bekannt, wo er mit schweren Meinen auf Zeugen eingewirkt hat. (Hört, hört!) Hoffentlich führen unsere Verhandlungen dazu, daß der Wahrheit zum Siege verholfen wird. (Bravo! im Zentr.)

Dr. Heckscher (Vp.): Es kann gewiß nicht die Aufgabe des Reichstags sein, sich als neuen Gerichtshof aufzutun und neue Schuldige zu nennen. Aber der Fall ist doch ein sehr wichtiges Material für die Frage des Wiederaufnahmeverfahrens. Der Reichstag hat die Pflicht, auf derartige Fälle hinzuweisen, um die Reformbedürftigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens nachzuweisen. (Bravo! links.)

Schultz (Rp.): Ich muß im Namen aller Konservativen schwere Bedenken dagegen äußern, daß hier in ein schwebendes Verfahren eingegriffen wird. Ich hoffe, daß die Richter sich weder durch Reden noch durch Preßstimmen beeinflussen lassen werden, sondern nur von dem höchsten Richter, unter dem jeder steht, von ihrem Gewissen. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Der Titel „Staatssekretär" wird bewilligt.

Die nationalliberale Resolution, die eine Durchsicht und Prüfung des Reichsrechts wünscht, wobei eine Reihe besonderer Punkte ins Auge gefaßt werden sollen, wird in fast allen Teilen gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt.

Angenommen werden nur als Punkte, die ins Auge zu fassen sind, die Behandlung der Geisteskrankheit, die Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit, die Zulassung der Volksschullehrer als Schöffen und Geschworene, die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen.

Die weitere nationalliberale Resolution auf Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtspflege durch Errichtung eines gemischten höchsten Gerichtshofes wird abgelehnt.

Die Resolution Warmuth (Rp.) auf Beschränkung des Verfügungsrechts über den Miets- und Pachtzins bei Zwangsversteigerung gegenüber dem Hypothekengläubiger wird angenommen.

Beim Kapitel „Reichsgericht" wird der Antrag auf Einstellung des sechsten Reichsanwalts nach kurzer Begründung durch den Abg. Junck (NL.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Teils der sonstigen Mehrheit angenommen. (Bravo! rechts.)

Der Rest des Justizetats wird debattelos erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des

Marineetats.

Noske (SD.): Wenn in den letzten Jahren von Flottenbauten und Flottenetats die Rede war, wurde stets auch von einer Verständigung der großen Nationen über die Flottenrüstungen gesprochen. Ueber mehr oder minder schöne Wort ist man nicht hinausgekommen, obwohl die Rüstungen als sehr drückend empfunden werden, gegenwärtig auch von reichen Leuten. Indessen geht das Flottenbauen weiter. Der deutsche Flottenbau ist ins riesige gewachsen. Im nächsten Jahre werden wir rund 50 000 Mann Besatzung auf den Schiffen haben, deren Bauwert auf über eine Milliarde gestiegen ist. Auch die fortdauernden Ausgaben sind in diesem Etat enorm gestiegen; so beträgt die Steigerung der Reparaturkosten 1914 5 Millionen Mark. Auch die Ausgaben für Luftschiffe setzen jetzt ein, die in Zukunft noch erheblich steigen werden. Neu ist die Forderung für den Marineattaché in Buenos Aires, der recht bald Nachfolger in anderen südamerikanischen Staaten bekommen wird. Begründet wird die Forderung mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. In Wirklichkeit hat das Marineamt sich damit in den Dienst der Rüstungsinteressenten begeben. Würde die Einfuhr von argentinischem Fleisch ohne schikanöse Beschränkung gestattet werden, so würden wir unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit diesem Lande weit wirksamer fördern. (Zustimmung bei den Soz.) Auch bei den Marinegerichten mehren sich die Fälle wahrer Schreckensurteile. So wurden zwei Matrosen wegen einer Schlägerei in der Trunkenheit mit einem Unteroffizier zu 10 resp. 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört, hört! bei den Soz.) Sehr bedenklich ist, daß jetzt auch in der Marine recht häufig schwere Soldatenschindereien vorkommen. Als in Wilhelmshaven ein Soldat sich über die Mißhandlungen durch einen Unteroffizier beschwerte, wurden er und seine Kameraden von den übrigen Unteroffizieren unerhört gebimst und geschunden. Von einer dreijährigen Dienstzeit ist in der Marine schon längst nicht mehr die Rede. Ein sehr großer Teil besteht aus langdienenden Leuten, die zu beschaffen immer schwieriger tragen. Ob aber die Neuregelung den Wünschen der Deckoffiziere entspricht, möchte ich bezweifeln, auch der tüchtigste Deckoffizier kann nie Offizier werden. Welch feiner Unterschied zwischen Offizieren und Unteroffizieren gemacht wird, zeigt der kleinliche Fall in Kiel, wo ein Feldwebel mit fünf Tagen leichten, ein Unteroffizier mit fünf Tagen Mittelarrest bestraft wurden, weil ihre Frauen dem Verbot zuwider, aus dem Fenster sahen, als der Kaiser vorüberging. (Heiterkeit.) Für die Offiziere und die Offiziersfrauen besteht ein solches Verbot nicht! (Hört, hört! bei den Soz.) Wie ungünstig die Lage der Werftbeamten ist, ergibt sich daraus, daß ihnen gestattet worden ist, die Kosten des Kaiser-Geburtstagsessens in Raten zu bezahlen. Kaiser-Geburtstagsessen auf Abzahlung ist eine neue Erfindung. (Heiterkeit.) Um der Notlage der Angestellten abzuhelfen, haben wenigstens die Oberwerftdirektoren Zulagen von über 3000 Mark erhalten, wenn sie Vize- und Konteradmirale sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Unfälle waren in diesem Jahre besonders zahlen- und umfangreich; mindestens einer der großen Torpedounfälle ist auf das Konto eines übertriebenen militärischen Schneids zu setzen. Künftige größere Vorsicht ist ein schlechter Trost für den Verlust an Menschenleben. Das gilt auch für die Unfälle der beiden Marineluftschiffe. „L. 2" ist nach meiner Meinung auch nur deshalb zugrunde gegangen, weil man zu schnell ein für den Krieg geeignetes Luftschiff haben wollte. Die Angehörigen der Opfer solcher Unglücksfälle müßten wenigstens vor dem blanken Elend bewahrt werden. (Sehr richtig! links.) Für die Hinterbliebenen bei dem Johannisthaler Luftschiffsunglück haben die Sammlungen bürgerlicher Zeitungen ganze 7857 Mark ergeben. (Hört, hört! links) Solch blamabler Bettel darf sich nicht wiederholen. (Lebh. Zustimmung links.) Es müssen Mittel bereit gestellt werden, damit derjenige, der für das Reich sein Leben läßt, das Gefühl hat, daß Weib und Kind nachher nicht betteln gehen brauchen. (Beifall bei den Soz.) Was die Lieferungsfrage anlangt, so besteht ein Marineverständigungskonzern, worin sich die liefernden Firmen verständigen, wie sie die Preise festsetzen, zu deutsch: das Reich prellen können. (Hört, hört! links.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Staatssekretär über die Beziehungen Brandts zum Marineamt befragen. Das Gericht ist beim Krupp-Prozeß darüber hinweggegangen; umsomehr Anlaß haben wir, danach zu fragen. Auch im Magdeburger Schmiergelderprozeß sind erhebliche Mißbräuche festgestellt worden — hat doch ein Fabrikant ausgesagt, ohne Schmiergelder könne man überhaupt kein Geschäft machen. Auch sind viele Firmen überzeugt, daß die Anstellung ehemaliger Marineoffiziere nicht ohne Einfluß auf das Erhalten von Lieferungen ist. Angesichts der dem finanziellen Ruin der Völker zutreibenden Vermehrung der Rüstungen gibt es keine wichtigere Frage, als die, wie man zu einer Verständigung über den Umfang und die Verringerung der Rüstungen gelangen kann. Die allergefährlichsten Gegner des Völkerfriedens sind natürlich die Rüstungsinteressenten. Bei dem Putilow-Prozeß hat sich gezeigt, daß diese „Patrioten" auch für die Flotten der Gegner liefern. Das kann dadurch nicht entschuldigt werden, daß Firmen anderer Länder ebenso verfahren. In der Frage des Einverständnisses mit England will der Staatssekretär England den Vortritt überlassen. Man ermuntert sich also gegenseitig mit den Worten: Hannemann, geh du voran. Leider ist die Kommission meiner Anregung nicht gefolgt, in diesem Jahre einen Neubau abzusetzen und abzuwarten, was England tut. Dem Vorschlag, zwischen Deutschland und England das Verhältnis 16 : 10 beizubehalten, ist der Vorschlag eines Flottenfeierjahres gefolgt. Der Staatssekretär hält das freilich nicht für annehmbar. In der Kommission meinte der Staatssekretär nachweisen zu können, daß Deutschland nicht der Rüstungstreiber sei. Deutschlands Flottenetat sei erheblich weniger in den letzten Jahren gestiegen, wie der Rußlands und Englands. Aber die deutschen und englischen Zahlen lassen sich in der Weise gar nicht vergleichen, und Herr v. Tirpitz kann sich nicht wundern, wenn durch seine Ausführungen die Vermutung wachgerufen ist, daß Stimmung für eine neue Flottenvorlage gemacht werden soll. Auf diesem Gebiete kann man der Regierung ja das Wunderbarste zumuten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen würde dadurch freilich kaput gemacht und ein neues Wettrüsten würde die Folge sein. Nach der bekannten Bemerkung des Frhrn. v. Hertling würde die bayerische Regierung allerdings von solchen Plänen nicht erbaut sein. Die Ansicht zu einer Verständigung über die Rüstungen mit England zu gelangen, hat ja erfreulicherweise eine immer größere Verbreitung gefunden, sogar in der „Kreuzzeitung" ist sie in einem Artikel von Prof. Schiemann vertreten worden. Freilich braucht man, schreibt er, um dazu zu gelangen, einen starken Willen, der sich über persönliche Eitelkeit und Empfindlichkeit hinwegsetzt. Es wäre interessant, zu erfahren, wen er damit meint. Die imperialistischen Bestrebungen lassen kein Vertrauen zwischen den großen Staaten aufkommen. Daß Deutschland einen gebührenden Anteil am Weltverkehr erhält, wünschen selbstverständlich auch wir Sozialdemokraten. Dazu genügt aber der Ausbau der Handelsbeziehungen, und der ist am besten möglich auf Grund eines deutsch-englischen Bündnisses, das natürlich nicht betrieben werden darf mit dem Hintergedanken, Frankreich von England zu trennen. Der bestehende Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich muß gemildert und beseitigt werden. Dadurch würde die von Osten drohende Gefahr auf ein Minimum beseitigt werden, und es läge kein Anlaß mehr vor, die Rüstungen zu steigern. Solche Bestrebungen sind keineswegs utopisch. Vor einigen Jahren noch würde man auch freundliche Beziehungen zwischen England und Deutschland für utopisch erklärt haben, und für einen Fastnachtsscherz hätte man es gehalten, wenn in der „Kreuzzeitung" für ein deutsch-englisches Bündnis eingetreten worden wäre. Die Massen in Deutschland und England erklären sich mit wachsendem Nachdruck für eine deutsch-englische Verständigung und werden allem imperialistischen Widerstreben zum Trotz die Rüstungsverständigung auch zur Tatsache machen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Behauptung des Abg. Noske, daß Offiziere zu milde, Gemeine zu schwer bestraft werden, muß ich widersprechen. Es ist auch nicht richtig, daß die Mißhandlungen bei der Marine zunehmen, sie nehmen vielmehr ab. Bei dem vom Abg. Noske erwähnten Fall in Kiel, wo Unteroffiziere bestraft wurden, weil die Fenster geöffnet waren, als der Kaiser vorbeiging, liegt es so, daß bei dem Befehl des Geschlossenhaltens der Fenster ein Unterschied zwischen Offizieren und Unteroffizieren nicht gemacht wird; die Strafe selbst ist von Se. Majestät aufgehoben worden. — Daß das Luftschiff L 1 unvorsichtig in schlechtes Wetter geschickt wurde, ist nicht zutreffend, das Schiff ist ganz unerwarteterweise in eine schwere Boe hineingeraten. Ueber die Konstruktionsfehler bei L 2 kann ich nicht Auskunft geben, diejenigen sind ja leider tot, die Auskunft geben könnten. Die

angewiesen, sondern erhalten die höchste Kriegspension, auch ist durch die privaten Sammlungen erheblich mehr eingekommen, wie der Abg. Noske gesagt hat. In bezug auf die Beziehungen der Marineverwaltung zu Brandt haben wir sofort eine Untersuchung einleiten lassen und festgestellt, daß weder ein Fall des Verrats militärischer Geheimnisse noch ein Fall von Bestechung noch des Ungehorsams gegen dienstliche Befehle vorgekommen ist. Nur einige Kanzleidiener haben Trinkgelder von höchstens 3 Mark bekommen. (Hört, hört! rechts.) Wir sollten uns doch freuen, ein vollkommen integres oberes Personal zu haben. Daß einmal ein schlechtbesoldeter kleiner Beamter sich bereitfinden läßt, sich einen Verdienst zu verschaffen, der nicht in der Ordnung ist, das sind doch nur Bagatellen. Allerdings schwebt gegen zwei mittlere Beamte des Reichsmarineamts noch ein Verfahren, aber weder wegen Verletzung der Dienstpflicht noch wegen Bestechung, sondern es kommt höchstens nicht genügende Beachtung der Instruktion in Frage. — Die Magdeburger Schmiergelderangelegenheit ist dem Staatsanwalt übergeben worden; weiter können wir nichts tun. Daß ehemalige Offiziere keinen Einfluß auf die Vergebung von Lieferungen haben, ist ja ganz selbstverständlich. Im übrigen können verabschiedete Offiziere, die mit einer kärglichen Pension vielleicht eine zahlreiche Familie ernähren müssen, meiner Unterstützung sicher sein, wenn sie im gewerblichen Leben tätig sein wollen. — Der Abg. Noske erwähnte die Putativ-Werke und -Bauten für die russische Flotte in Deutschland. Rußland will eine Flotte bauen, und wenn wir das ablehnen, wird sie woanders gebaut. (Sehr richtig!) Wir bemühen uns ja um solche Aufträge, und es wäre keineswegs zweckmäßig, wenn ein anderes Land das Monopol dafür bekommt. (Zust.) — Die Abrüstungsfrage ist erst seit 5 Jahren akut geworden, und deshalb gab ich in der Budgetkommission nur die Rüstungssteigerungen der letzten 5 Jahre an. Das zu bemängeln, liegt keine Veranlassung vor. — Der Vorredner bemängelte auch, daß ein Schriftsteller bei Flottenübungen Gelegenheit hatte, unsere Geheimnisse zu erfahren. Diesen Schriftsteller möchte ich wohl sehen. Aber es ist eine alte gute Gewohnheit der Marineverwaltung, die Flotte dem Volke zugänglich zu machen, und zu dem Zwecke laden wir bei solchen Gelegenheiten Vertreter aller bürgerlichen Parteien ein. (Zust. b. d. bürgerl. Parteien.)

Erzberger (Z.): Eine Aenderung des Flottengesetzes wird von keiner Seite mehr verlangt. An eine Minderung des Sollbestandes unserer Schiffe ist nicht zu denken. Ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu England wollen auch wir, es ist aber zweifelhaft, ob man dafür die Frage der Abrüstung als entscheidend in den Vordergrund stellen soll, und ob es gut ist, Deutschland als den Friedensstörer hinzustellen. Eine Verständigung mit England um den Preis der Desnehr kann es nicht geben aus deutsch-nationalen Gründen. Wir wollen nicht ein Vasallenstaat Englands werden. (Beifall.) Wir wünschen eine Verständigung, aber nicht auf Kosten des notwendigen Maßes der Abwehrmittel der deutschen Nation. Der Vorschlag von 16 : 10 ist ganz schön, aber England hat nicht 16, sondern 25 Schiffe gebaut. Wenn Rußland sein Schwergewicht in die Ostsee legt, so ist das zum mindesten unerfreulich, und müßte durch eine gutgeleitete auswärtige Politik verhindert werden. Der Schwache wird immer die Beute des Starken, und darum hütet sich jeder, in die Rolle des Schwachen zu kommen. Für die Unfälle der Luftschiffe „L. 1" und „L. 2" sind wohl kaum Menschen verantwortlich zu machen. Für die Hinterbliebenen müßte allerdings das Reich in ausreichender Weise sorgen, und wir erwarten die Bereitstellung entsprechender Mittel im Etat. Der Geist unserer Marinemannschaften ist ein guter; natürlich gibt es unter 55 000 Mann auch Unzufriedene, das Gegenteil wäre nicht normal. (Heiterkeit.) Auch bei einer Fraktion von 110 Mann beklagt sich mancher über harte Behandlung. (Große Heiterkeit.) Notwendig ist eine bessere Fürsorge für die Kapitulanten und Unteroffiziere. Unsere Marine hat dem deutschen Namen stets Ehre gemacht. Ich bedauere, daß Herr Noske nicht in der Rüstungskommission ist. Hat er sich etwa gefürchtet, ohne seinen schwarzlockigen Begleiter zu kommen? (Heiterkeit.) Bei den Lieferungen für die Marine muß Süddeutschland noch mehr herangezogen werden; es sollten dabei nur solche Firmen Berücksichtigung finden, die ihren Arbeitern die volle bürgerliche Freiheit gewähren. (Beifall.) Der Redner erinnert dann an Veröffentlichungen des amerikanischen Admirals Dewey über die Blockade von Manilla, in denen sich Angriffe gegen deutsche Offiziere befinden sollen.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, daß seines Wissens in diesen Veröffentlichungen die deutschen Offiziere durchaus zu ihrem Rechte kommen werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Vorher kurze Anfragen.)

Schluß 6½ Uhr.

Der agrarische Gemüsezirkus.

Die Berliner grüne Woche vereinigt alles, was in Deutschland agrarisch ist, vom Bund der Landwirte bis zu den Interessenten der Getreidezollpolitik, des Fischwuchers und der staatlichen Weinkulturzuschüsse. In gewissem Sinne sind all die kleinen Generalversammlungen wie die große im Zirkus Busch Rummel, die Gelegenheit Lärm zu machen und Sonderinteressen mit vielem Aufwand brüllender Energie als Staatswohl darzustellen. Ein interessantes Bericht aus der Fülle der agrarischen Gesellung war die Generalversammlung des Verbandes deutscher Gemüsezüchter. Natürlich sprach man dort in erster Linie über die heutige Zollpolitik. Bekanntlich ist der Verband deutscher Gemüsezüchter, der jetzt sehr energisch Mitglieder wirbt und wächst, das Sprachrohr aller Interessenten hochgetriebener Gemüsepreise. Der Generalversammlung, wo man glaubte, unter sich zu sein, wurden die edlen Herzen gründlich ausgeschüttet. Man sprach wieder ausführlich über die Forderungen der Gemüsezüchter für den neuen Zolltarif. Wohlweislich verschwieg man, wie hoch sofort die Belastung der Gemüseeinfuhr und damit des Gemüsekonsums werden würde, wenn die Wünsche des Verbandes der Gemüsezüchter, dieses echten Bundes der Gemüsewirte, sich verwirklichen. Wir wollen das, was dort schamhaft verschwiegen worden ist, aber in hellstem Lichte einmal feststellen.

Der Wert der Einfuhr an Gemüse wird in der Handelsstatistik wie der Wert aller anderen Produkte durch Schätzung von Sachverständigen und Interessenten festgestellt. Natürlich lassen die schätzenden Herren nicht allzu weit aus den Fängen des Verbandes deutscher Gemüsezüchter entfernt. Betrachten wir nun den Durchschnittswert per Doppelzentner für die einzelnen eingeführten Gemüsearten, wie er durch die Schätzungskommission festgestellt wurde im Vergleich mit den von den Gemüsezüchtern geforderten Zollsätzen. Es ergibt sich da das folgende schöne Bild:

	Einfuhr 1912	Ungefährer Preis pr. D.-Ztr.	Zollforderung pr. D.-Ztr.
	D.-Ztr.	Mk.	Mk.
Rotkohl	172 103	ca. 16	3
Weißkohl	103 910	„ 10	3
Wirsingkohl	54 841	„ 14	3
Rosen- und Blätterkohl	32 998	„ 18	3
Blumenkohl	544 072	„ 32	20
Artischocken, Pilze	18 238	„ 81	20
Spargel	8 762	„ 116	20
Tomaten	150 576	„ 10	20
Zwiebeln	556 227	„ 12	4
Bohnen	180 180	„ 36	20/4 *
Erbsen	29 206	„ 32	20/4 *
Gurken	881 463	„ 13	20/4 *
Kohlrabi, Karotten, Radies, Rettig, Knollensellerie	229 004	„ 35	8
Salat, Spinat, Petersilie	286 038	„ 50	30/6 *
Rhabarber	7 696	„ 28	8
Schwarzwurzel, Lauch, Porre usw.	49 983	„ 30	10

* Der hohe Zollsatz gilt für das erste Halbjahr, der niedrigere Satz für die zweite Hälfte des Jahres.

Die Einfuhrmengen, verglichen mit den Durchschnittspreisen und den geforderten Zollsätzen zeigen so deutlich wie überhaupt möglich, daß es den Agrariern gar nicht darauf ankommt, mit beiden Händen und gründlich zu nehmen, ihr Bibelspruch ist: Nehmen ist seliger denn geben.

Gewerkschaftsbewegung.

Streikjustiz. Nach zweitägiger Verhandlung wurde in Koburg gegen 16 Angeklagte, meist Packer und Transportarbeiter, die in der Spielwarenindustrie von Sonneberg beschäftigt sind und die sich wegen der am 23. und 24. Juni 1913 vorgekommenen Unruhen zu verantworten hatten, das Urteil gefällt. Insgesamt wurde auf 84 Monate 3 Wochen und 3 Tage Gefängnis erkannt. Die Höchststrafe betrug 6 Monate. Eine Frau, die nur das Wort Streikbrecher gerufen hatte, erhielt 3 Monate Gefängnis.

Eine Massenaussperrung in der Schweizer Uhrenindustrie. Die Uhrenindustriellen des solothurnischen Juras — des sogenannten Leberberges — haben zu einem Vernichtungsschlag gegen das bereits neunzig Prozent der Arbeiter ihres Rayons umfassende Syndikat der Ebaucheure ausgeholt. Der Kampf der leberbergischen Uhrenindustriellen gegen das Vereinsrecht der Ebaucheure ist mehr als zwei Jahrzehnte alt. Bereits anfangs der neunziger Jahre bestanden in allen Dörfern des Gebietes lokalistische Gewerkschaften — die Schweiz kannte damals so gut wie keine Verbände, sondern nur den Gewerkschaftsbund, — der alle Berufe umfaßte. Diese Gewerkschaft wurde von den Unternehmern 1895 durch eine Aussperrung, die 3000 Menschen umfaßte und halbe Dörfer zur Auswanderung zwang, zugrunde gerichtet. Jahrelang herrschte Kirchhofstille! Da führte die kapitalistische Entwicklung dazu, daß die leberbergischen Ebauchefabrikanten, die sich bisher nur darauf beschränkten, den eigentlichen Uhrenateliers die Bestandteile kleinmechanischer Natur zum Gehwerk zu liefern, eigene Terminageateliers angliederten und so selbst auch Uhren erzeugten. Sobald sie aber Remonteure beschäftigten, mußten sie die Organisation anerkennen, sonst hätten sie keine Arbeiter bekommen. Sobald die Organisation, nunmehr in moderner leistungsfähiger Form, in den Fabriken Fuß faßte, begannen sich die ausgebeuteten Ebaucheure zu regen, 1911 kam es im Frühjahr zu einem langwierigen Streik der Ebaucheure zweier Großbetriebe, der damit endete, daß die Unternehmer die Arbeiter völlig organisationsberechtigt erklären mußten. Es begann nun ein jahrelanger Kleinkrieg, um zu erzielen, daß die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die in den 15 Jahren unterdrückter Organisation eingetreten waren, wieder beseitigt werden. Dies ist denn auch gelungen, ja ein Großbetrieb mit 600 Mann hat sogar einen Tarifvertrag nach zweiwöchigem Streik im Vorjahr unterzeichnet. Jetzt sehen die Unternehmer, daß sie bei weiterer Entwicklung ebenfalls zum Tarifvertrag genötigt sein werden und sie — außer der einen tariflich gebundenen Firma — haben jetzt an dreitausend Personen ausgesperrt, es ist das die Bevölkerung zweier Städchen: Grenchen und Bettlach. Sofern nicht das Syndikat der Terminagefabrikanten, die ja die Abnehmer der Ebauches sind und als solche sehr weitgehende Tarifverträge mit der Federation Horlogere abgeschlossen haben, energisch einschreitet, kann der Kampf den ganzen Jura von Chaux-de-Fonds bis Waldenburg ergreifen und 50000 Menschen einbeziehen. Die Uhrenarbeiter sind größtenteils hochqualifizierte Arbeiter, sie haben bei einem sehr hohen Arbeitslosigkeitsrisiko einen relativ hohen Lohn, der ihnen ein gewisses höheres Kulturniveau gestattet. Fernerhin sind sie fast sämtlich — außer etwa 5 Prozent Franzosen und 10 Prozent Italiener — stimmberechtigte Bürger, wodurch der Kampf aktuelle politische Bedeutung für die beteiligten Kantone erhält.

Blutapfelsinen. In die gelben Werkvereine müssen sich verschiedentlich auch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter drängen lassen, wenn sie nicht brotlos werden wollen. Das hat natürlicherweise zur Folge, daß die Gelben bei sozialen Wahlen trotz ihrer Mitgliederstärke häufig schlechte Geschäfte machen. Diejenigen gelben Zwangsmitglieder, die zwar äußerlich gelb, innerlich aber rot sind, hat man deshalb „Blutapfelsinen" genannt. Das wurmt die Gönner der Gelben sehr und sie suchen deshalb mit Hilfe der bürgerlichen Presse die Auffassung hierüber, die heute auch in Unternehmerkreisen weite Verbreitung gefunden hat, zu dämpfen. Das Wolffsche Depeschenbureau verschickte dieser Tage einen hierauf bezug habenden Artikel, Blutapfelsinen betitelt, der am Kopfe den Vermerk trug: Nur an bürgerliche Blätter zu geben! Der Artikel nimmt Bezug auf die Verhandlungen im Reichstag und im preußischen Landtag, woselbst sozialdemokratische Abgeordnete mit ihren Scherzen von den Blutapfelsinen sich den Uebergang bisher sozialdemokratisch organisierter Arbeiter in das Lager der Werkvereine „zu verhüllen suchten". Mit Hinweise auf die Ergebnisse verschiedener Betriebskrankenkassenwahlen wird darin die Auffassung verfochten, daß die gelbe Bewegung eine absolut gesunde Grundlage habe. Wenn aber dann die öffentliche Meinung durch offiziös inspirierte Artikel bearbeitet werden muß, das ist uns ein Rätsel.

Verkannte gelbe Meistertreue. Die gelben Bäckergesellen haben bekanntlich, um sich wieder ein wenig bei ihren Gönnern, den Bäckermeistern, anzubiedern, an den Reichstag zum wiederholten Male eine Petition geschickt, in der sie gegen die Petition des Bäckerverbandes auf Erlaß eines Gesetzes betreffs Einführung der wöchentlichen sechstägigen Arbeitswoche (die Bäckergesellen müssen noch meist sieben Nächte in jeder Woche arbeiten) Sturm liefen; als Surrogat für diese allgemeine Forderung der Bäckergesellen verlangten sie das 22stündige Backverbot (von Sonntag morgens 8 Uhr bis Montag morgens 6 Uhr) unter Beibehaltung der sieben Arbeitsschichten in der Woche. Wohl wissen die Gelben, daß ihre „Forderung" nur eine Scheinforderung ist, die nur dazu dient, die wirkliche Sozialgesetzgebung im Bäckerberufe aufzuhalten. Sie setzten von den Innungen voraus, daß diese aus den genannten Gründen keinen Widerspruch erheben würden, wenn die Begründung der Petition sich nicht streng an die Wahrheit hält. Doch die Innungen verstehen darin keinen Spaß. Sie haben Angst, daß die Regierung doch den Einfall bekäme, ihnen das gelbe Kuckucksei ins Nest zu legen. Solange die Gelben damit die jungen Gesellen nur täuschen, kann es den Innungen recht sein, wenn aber etwa die gesetzgebenden Körperschaften sich ernstlich mit diesen Dingen beschäftigen würden, dann kann es für die Herren vom Backtrog gefährlich werden. Die Bäckermeister wollen überhaupt keine Schutzgesetze für „ihre Leute", deshalb haben sie auch für die gelben Scheinreformen kein Verständnis. Aus diesen Gründen ergießt jetzt das offizielle Innungsorgan nachfolgenden eiskalten Wasserstrahl auf die erschreckten gelben Häupter:

Richtigstellung.

In der Eingabe des Bundes der Bäcker- und Konditorgesellen Deutschlands betr. Einführung des 22stündigen Sonntags-Backverbots für das Deutsche Reich wird behauptet, daß fast in allen Städten Deutschlands, in Meister- und Gesellenkreisen, man sich fast einmütig für ein 22stündiges Backverbot ausgesprochen hat. Wir stellen fest, daß dies nicht der Fall ist, im Gegenteil ist die Stimmung fast einmütig dagegen. Wir bemerken, daß die Resolution vom Zentralverbandstag 1912 in Stuttgart noch heute ihre volle Gültigkeit hat, wonach den örtlichen Verhältnissen entsprechend die Ruhezeitfrage gelöst werden soll. Die Ausdehnung irgend eines der vorgebrachten Wünsche allgemein für das Deutsche Reich ist unmöglich, weil diese nicht allen Ortsverhältnissen gerecht werden können.

„Germania", Zentralverband Deutscher Bäcker-Innungen.
J. Bernhard, Vorsitzender. W. Ertelt, Syndikus.

(Bemerkt sei, daß der Passus über die „örtlichen Verhältnisse" nur ein Trostpflaster für die Gelben war und auch in Zukunft bleiben wird.)

Diese kalte Douche mag schmerzlich sein für die gelben Helden; und sie hatten es doch so gut gemeint.

Internationales. England. Das parlamentarische Komitee des bitischen Gewerkschaftskongresses leitete eine allgemeine Sammlung für die Londoner Bauarbeiter ein, da deren Streik und Aussperrung anscheinend noch lange dauern werde. Beide Parteien in diesem Kampfe wollen von einem Nachgeben nichts wissen.

Es verlautet, daß eine Regierungskommission im stillen Vorbereitungen trifft zur Durchführung eines staatlichen Aerztedienstes. Schon anläßlich der Durchführung der Versicherungsgesetze tauchte ein solcher Plan Lloyd Georges auf, weil die Forderungen der Aerzte als unerfüllbar angesehen wurden. Damit gab die Regierung im wesentlichen nach, scheint aber inzwischen ihren alten Plan, der sich auf die Apotheken erstreckt, weiter zu verfolgen.

Eine interessante Nachwirkung der Vorgänge in Südafrika ist auf dem englischen Geldmarkte zu beobachten: Die Zeichnungen für eine neue 80-Millionen-Anleihe des Südafrikanischen Bundes ergab trotz der günstigen Bedingungen nur ein Viertel der verlangten Summe. Früher wurden diese Anleihen in kürzester Zeit überzeichnet, heute aber scheinen sogar die Kapitalisten sich dem Protest der Arbeiterschaft gegen dieses Willkürregiment in Südafrika anzuschließen!

In Yorkshire legten am Montag 20 000 Kohlengräber die Arbeit nieder. Auf Grund des Mindestlohngesetzes wurde ihr vor zwei Jahren auf 6,75 Mk. festgesetzter Tageslohn jetzt auf 7,25 Mk. erhöht. Die Bergarbeiter verlangen, daß ihnen außerdem die inzwischen dreimal eingetretenen Erhöhungen um je 5 Prozent gezahlt werden, denn sonst bedeutet die neue Erhöhung in der Tat eine Lohnherabsetzung. Von dieser Auslegung aber wollen die Unternehmer nichts wissen.

In London wurde die Nachricht verbreitet, daß dortige Gasgesellschaften 1 Million Tonnen deutscher Kohlen gekauft hätten, weil diese bei fast gleicher Ergiebigkeit um 3 Mk. pro Tonne billiger sind. Da der Preisunterschied wesentlich auf die schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zurückgeführt wird, hat die Angelegenheit natürlich in Arbeiterkreisen lebhafte Beachtung gefunden.

Frankreich. Die Bergarbeiter des Loirebeckens erklärten sich für den Generalstreik, wenn bis zum 1. März die Gesetze über die Arbeiterpensionen in der Kammer nicht zugunsten der Bergarbeiter erledigt sind. 4000 Bergarbeiter sprachen dies am Sonntag als ihre Willensäußerung in einer Versammlung auf der Arbeiterbörse zu Saint-Etienne aus.

Aus dem Gerichtssaal.

Schutzleute als Totschläger. Das Schwurgericht in Beuthen (Oberschlesien) verurteilte zwei Polizeisergeanten, die in der Nacht zum 25. August v. J. auf der Polizeiwache in Königshütte den Grubenarbeiter Grzib schwer mißhandelten und ihm u. a. einen Stich in die Lunge versetzten, sodaß er starb, und zwar den Polizeisergeanten Kokot zu drei Jahren, Wegehaupt zu zweieinhalb Jahren Gefängnis.

Ein Spionageprozeß. Wegen Verbrechens gegen § 1 des Spionagegesetzes waren der 17½jährige Kaufmannslehrling Schnitzler-Köln und der 27jährige Kaufmann Koßler-Köln angeklagt und hatten sich vor dem Reichsgericht zu verantworten. Der junge Mann wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, während sein Mitangeklagter Koßler 9 Monate Gefängnis erhielt. Aus der Begründung geht hervor, daß Schnitzler als Registrator einer großen Sprengstoffabrik eine große Anzahl geheimzuhaltender Schriftstücke, die sich auf die für den Fall einer Mobilisierung zu liefernden Rohstoffe, wie Pulver und Kohle, bezogen, einem französischen Nachrichtenbureau übermittelt und dafür eine Entlohnung erhalten hat. Der Angeklagte gab zu, daß er sich der Tragweite seiner Handlungsweise vollkommen bewußt gewesen sei. Der Angeklagte Koßler ist ebenfalls als Registrator in derselben Fabrik angestellt, hatte von der Handlungsweise Schnitzlers Kenntnis und hatte unterlassen, der Behörde Anzeige zu erstatten. Auch hat er von Schnitzler Geldbeträge angenommen, offenbar als Schweigegeld.

Rechtswidriger Waffengebrauch! Forstner hat Schule gemacht. Jetzt wurde vom Dresdener Kriegsgericht der Soldat Fietze vom Infanterie-Regiment Nr. 178 wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit rechtswidrigem Waffengebrauch zu 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Und wie lag der Fall? Fietze war während des Weihnachtsurlaubes nach einem Tanzvergnügen mit Zivilisten in Streitigkeiten geraten, die ihn als raufluftigen, gewalttätigen Menschen kannten. Der ebenfalls anwesende auf Urlaub befindliche Grenadier Otto wollte den Streit schlichten, wurde aber von Fietze angepackt und geschlagen. Und ohne irgend einen Grund zog Fietze dann sein Seitengewehr blank und hieb damit seinen Gegner über den unbedeckten Kopf. Erheblich verletzt begab sich Otto in ärztliche Behandlung und es machte sich auch eine längere Lazarettbehandlung nötig; noch heute hat er unter

den Folgen des Säbelhiebes zu leiden. Durch die Beweisaufnahme wurde einwandfrei festgestellt, daß weder eine Veranlassung zum Waffengebrauch noch Notwehr vorlag! Also selbst die eigenen Kameraden sind nicht sicher, ohne Ursache von brutalen und angriffslustigen Militärpersonen mit dem Säbel bearbeitet oder niedergeschlagen zu werden! Vielleicht hat Fietze geglaubt, daß er die Waffe nur trägt, um sie zur Verübung von Brutalitäten zu benutzen. Auch dieser Fall gibt die Berechtigung zu der Forderung, Fort mit dem Waffentragen außerhalb des Dienstes!

Aus Nah und Fern.

Filmbrand in Berlin. In den Helios-Lichtspielen in der Friedrichstraße geriet während der Vorstellung ein Film in Brand. Durch die sich entwickelnden ungeheuren Rauchmassen wurden der Operateur und der Pförtner ohnmächtig. Der Inhaber des Theaters forderte die zahlreichen Zuschauer auf, das Theater ruhig zu verlassen, was in aller Ordnung geschah. Der Feuerwehr gelang es, den Brand bald zu löschen.

Ein Fall von schwarzen Pocken in Breslau. Im Allerheiligenhospital in Breslau ist gestern ein Fall von schwarzen Pocken festgestellt worden; infolgedessen sind das Personal der Anstalt und die Patienten, soweit es ihr Zustand zuließ, geimpft worden.

Sprung aus dem vierten Stockwerk der Kaserne. In Breslau hat gestern ein Soldat des Infanterieregiments Nr. 11 einen Selbstmordversuch verübt. Er sprang aus dem vierten Stockwerk der Kaserne am Stadtgraben auf die Straße, wo er schwer verletzt liegen blieb. Er wurde bewußtlos von Kameraden in die Kaserne geschafft.

Wieder ein Schülerselbstmord. Auf der Strecke Lötzen—Prostken ließ sich der Primaner Rundies, der Sohn eines Pfarrers, von einem Zuge überfahren. Der Kopf wurde ihm vom Rumpf getrennt. Der Grund zu dem Selbstmord dürfte augenblickliche Geistesumnachtung sein. Rundies stand vor dem Abiturientenexamen und war einer der besten Schüler. In seiner Tasche wurden drei Briefe an seine Eltern und an den Direktor gefunden; dem letzteren dankt er für die Mühe, die die Lehrer mit ihm gehabt haben.

Goethe für gebildete Damen. Das „Berliner Tageblatt" erzählt: Im Eingangsraum eines Heims für „Damen gebildeter Stände" in der Nähe des Potsdamer Platzes ist als Gruß für den Eintretenden ein Vers angeschrieben, der beinahe von Goethe ist. Wir lesen da:

Feiger Gedanken, bängliches Schwanken
wendet kein Unheil, macht dich nicht frei.
Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten,
nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen,
rufet uns Gottes Hilfe herbei!

In Goethes Werken liest sich der Vers ein wenig anders; da heißt es (wir drucken den abweichenden Text gesperrt):

Feiger Gedanken, bängliches Schwanken,
weibisches Zagen, ängstliches Klagen,
wendet kein Elend, macht dich nicht frei.
Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten,
nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen,
rufet die Arme der Götter herbei!

Das „weibische Zagen" ist wahrscheinlich ausgelassen, weil so etwas in einem gut eingerichteten Heim für Damen nicht vorkommen soll, und die „Arme der Götter" sind natürlich durch die „Hilfe Gottes" ersetzt worden, weil die dichterische Wendung Goethes in einem christlichen Hause als zu heidnisch erschien . . . Auch in anderer Hinsicht wird in diesem Hause für den Kirchenglauben eine merkwürdige Propaganda gemacht; wer an der Morgenandacht teilnimmt, hat für sein Frühstück nur 25 Pfg. zu zahlen, für den jedoch, der etwa sein Gebet im Zimmer für sich allein verrichten will, kostet der Kaffee 50 Pfg. Das ist in jedem Sinne „billige" Frömmigkeit . . . .

1 600 000 Mark unterschlagen. In dem Verfahren wegen der Unterschlagungen bei dem Bankhaus von der Heydt, Kersten u. Söhne in Elberfeld ist das Gutachten der Treuhandgesellschaft erstattet worden. Nach diesem Gutachten beträgt die Höhe der unterschlagenen Summen 1 600 000 Mark. Ob damit die gerichtliche Untersuchung abgeschlossen ist, steht noch nicht fest.

Seemannstod. Bei Kap Cod ist nach einer Meldung aus Neuyork die italienische Bark „Castagna" untergegangen. Kapitän Garva und drei Matrosen starben in der Takelage, wo sie sich festgebunden hatten. Die anderen acht Matrosen waren so erschöpft, daß sie sich der durch den Rettungsapparat hergestellten Verbindung nicht bedienen konnten. Sie wurden in Rettungsbooten abgeholt, nachdem sich der Sturm gelegt hatte. Die Matrosen starben im Rettungsboot.

Bluttat eines Tobsüchtigen. Auf dem Bahnhof in Krasnojarsk im Gouvernement Astrachan erschien kurz vor Abgang eines Personenzuges ein Kranker, der aus einer psychiatrischen Klinik entflohen war, stürzte sich auf einen Soldaten und tötete ihn durch Beilhiebe auf den Kopf. Acht andere Reisende und vier Gendarmen, die sich dem Tobsüchtigen entgegenstellten, wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Patriotismus im Ramsch. Das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" enthält in seiner Nummer 34 vom 11. Februar 1914 folgendes interessante Inserat:

Restauflage
(gegen 30 000 Exemplare) einer in großen Auflagen abgesetzten guten, billigen und volkstümlichen Broschüre, welche die Regierungstätigkeit Sr. Majestät Kaiser Wilhelms II. in gemeinverständlicher Weise behandelt, besonderer Umstände halber ganz oder geteilt billig abzustoßen.
Gefl. Anfragen unter Nr. . . . an die Geschäftsstelle des B.-V. erbeten.

Es ist weit gekommen, daß sogar solche Schriften nicht mehr ihren Abnehmer finden. Der „Geist der Demokratie" muß doch noch schärfer bekämpft werden, nicht wahr, Herr v. Bethmann-Hollweg? Findet sich denn kein Züchter von Gelben, der die 30 000 übernimmt, um sie seinen braven Arbeitswilligen zu überreichen? Dort findet er sicher Verständnis für die Broschüre. Billig bekommt er sie vom Verlag doch sicher. Schließlich handelt es sich auch um die ganze Auflage.

Schneesturm im Schwarzwald und in den Vogesen. Ein heftiger Schneesturm herrschte gestern im Schwarzwald und in den Vogesen. Die Temperatur sank auf dem Feldberg und dem Belchen auf minus sieben Grad Celsius. Der Neuschnee liegt zehn bis fünfzehn Zentimeter hoch.

Fünf Kinder erstickt. In Sankt Jakob, Südsteiermark, erstickten fünf Kinder des Schmieds Belschak infolge eines Zimmerbrandes, den die unbeaufsichtigten Kleinen selbst verursacht hatten. Die Eltern hatten die Kleinen eingeschlossen, so daß diese sich nicht zu retten vermochten.

Mysteriöser Tod. Die Pariser Polizei ist augenblicklich eifrig bemüht, den geheimnisvollen Tod eines Deutschen aufzuklären. Am vergangenen Dienstag erschien in einem Hotel auf dem Boulevard St. Germain ein elegant gekleideter Deutscher in Begleitung einer Dame und mietete ein Zimmer. In das Fremdenbuch zeichnete sich der Fremde als Student Wilhelm Klein aus München ein. Gegen Mitternacht verließ die Dame das Hotel und erklärte dem Portier, daß ihr Begleiter nicht geweckt zu werden wünsche. Als am anderen Tage der Student nichts von sich hören ließ, erbrach man die Tür mit Gewalt und fand Klein leblos in seinem Bett auf. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß er infolge übermäßigen Kokaingenusses gestorben war. Weiter wurde ermittelt, daß der Tote sich einen fremden Namen beigelegt hatte. In Wahrheit soll es sich um einen Deutschen namens Johann Jakob Krub handeln, der bereits wegen verschiedener Hochstapeleien in Paris vorbestraft ist. Die Polizei sucht die geheimnisvolle Dame zu ermitteln, die den Deutschen in das Hotel begleitete.

Literarisches.

Wohnungskunst ist eigentlich wie kein anderes das Gebiet der Frau. Die Frau soll auch die kleinste und bescheidenste Wohnung mit einem Hauch künstlerischen Geistes umkleiden, soll jeden Gegenstand, den sie kauft, darauf prüfen, ob er auch nicht geschmacklos und häßlich die Harmonie der Dinge stört. „Glas im Haushalt" heißt ein Aufsatz in Heft 9 der „Illustrierten Familien- und Modenzeitung Häuslicher Ratgeber" (Hermann Hillger Verlag Berlin W 9 und Leipzig), der einen hochinteressanten Beitrag zu der Frage Wohnungskunst liefert. Wunderschöne Illustrationen geben unsern Hausfrauen ein anschauliches Bild und Fingerzeige, wie sie sich künstlerischen Blick beim Ankauf des herrlichen klargeschliffenen Materials aneignen. Neben einfachen und eleganten Toiletten bringt die Nummer viel reizvolle Kleider für unsere Jugend, neue Häkel- und Kreuzstichmuster und aktuelle Aufsätze wie „Fastnachtsspeisen" usw. Der spannende Roman, Skizzen, Gedichte, Artikel über Erziehung und Frauenberufe, Geselligkeit und die Rubrik „Jugendlust" für die Kinder, ebenso Rätsel, Spiele und eine große Anzahl erprobter Rezepte, die durch das „Nützliche Allerlei des Häuslichen Ratgebers" noch bereichert werden, geben dem Heft eine enorme Vielseitigkeit. Die Sprechstunde unseres Arztes und unseres Rechtsanwaltes steht allen Abonnenten frei zur Verfügung. Für 15 Pfg. ist das Heft in jeder Buchhandlung zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die überaus reichen Kranzspenden beim Ableben meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herr Pastor Reimpell für seine trostreichen Worte meinen tiefgefühlten Dank. (1190
Ferdinand Knaack.

Suche eine ältere Frau bei zwei kleinen Kindern.
1158) Engelsgrube 71, part.

Zum Waschen u. Reinmachen besonders zum Einweichen empfiehlt sich das millionenfach erprobte
Waschmittel Salomba
Pfund nur 25 Pfg. (4

Gesucht zum 1. Juli eine Drei-Zimmer-Wohnung im Preise bis 250 Mk. in der Nähe der Engelsgrube. Angeb. unt. M 50 a. d. Exp.

Käselager Hüxstr. 83-85.
Ein großer Posten Tilsiter
Fettkäse
Ia. Qualität (1184
Pfd. 50 u. 60 Pfg.
Fette Limburger
Pfund 50 und 60 Pfg.
Auf diese Preise 5% Rabatt.

Wegen Abnahme größerer Posten Schweine verkaufe ich in der Markthalle, Stand 13, 14 und 15:
Pr. Schweinefleisch Pfd. 60, 65 ₰
„ Schweinebraten Pfd. 70 ₰
kernfettes Rindfleisch „ 70 ₰
prima Flomen „ 70 ₰
fettes Kalbfleisch Pfd. 70 u. 80 ₰
Nur hiesige Ware, alles auf dem hiesigen Schlachthof geschlachtet.
W. Strohfeldt. 1174

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. Otto Albers Kohlmarkt 10.
1/2 B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
2) Rote Lubeca-Marken.

Riesen-Bazar-Reklametage
Enorm billiges Angebot --- Vorteilhafteste Kaufgelegenheit! 1180

Markttasche, 33 cm, bruchfr. 95 ₰	Emaille-Aufnehmer . . . . . 48 ₰	Haarbesen, rot lackiert, gr. . . 95 ₰
Kaffee-, Zucker- u. Tee-Dos. 95 ₰	Fensterleder, groß . . . . . 48 ₰	Emaille-Eimer, 28 cm . . . . . 78 ₰
Messergarnitur mit Brett . . . 95 ₰	10 Eierbecher m. Goldrand . . 48 ₰	Zigarren-Schrank . . . . . 95 ₰
Küchen-Schatz, 4teil. . . . . 95 ₰	Salz- u. Mehl-Fässer . . . . . 48 ₰	Gr. Waschbrett, 60 Klammern 95 ₰
Rucksack m. Tasche, Lederr. 95 ₰	Kleiderbügel m. Hosenstreck. 48 ₰	Gr. Posten Leuwagen . . . . . 22 ₰
Aluminium-Kasserolle, 18 cm 95 ₰	Besteckkasten, Hartholz . . . . 48 ₰	Aufsatz mit Tulpe . . . . . 95 ₰
Aluminium-Milchkocher . . . . 95 ₰	Kinderstuhl, groß . . . . . 48 ₰	6 Bierseidel 3/10 . . . . . 95 ₰
Gr. Spiegel m. Holzrahmen . . 95 ₰	Haussegen, 50 cm lang . . . . . 48 ₰	Tablett, Wasseril., 4 Gläser . 95 ₰

Sämtliche Artikel sind auf Extratischen ausgelegt.

Visitenkarten ff. Elfenbeinkarton, 100 Stück von 1.00 Mk. an Fr. Meyer & Co., Johannesstraße 46.

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes (1187
Pfund echt holst. vegt. Margarine Eigelbpflanzenbutter Marke H. B. Pfund 90 Pfg.
Auf besonderen Wunsch 6 Heisswecken
Ia. Ia. holst. Plockwurst ℔ 1.20 | Ia. Hildesheimer ℔ 0.70
„ „ „ Zervelatwurst ℔ 1.50 | „ Braunschwg. Mettw. ℔ 1.00
„ „ „ Leberwurst ℔ 1.30 90 | „ Sardellenleberwurst ℔ 1.60
„ „ Tilsiter Käse ℔ 50, 60, 70 ₰ | „ Braunschwg. Blutw. ℔ 0.70
I. allerfeinste holstein. Meierei-Tafelbutter 1.45 ℔
Ia. frische Landeier Stück 9 ₰
Spezialität Holsteiner Fettwaren Spezialität
Inhaber: E. E. Herm. Wiese. Geschäftsf. G. Heinr. Flörke.
Königstr. 48a. und Beckergrube 92.

Ansichts-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

„Konzerthaus Flora"
Am Sonntag, dem 8. März
1178) Auf allgemeinen Wunsch:
2. öffentliches
Elite-Maskenfest.

Empfehle (1183
Pa. jg. kernf. Rindfl. Pfd. 75 ₰
„ Bratenstücke Pfd. 85, 90 ₰
„ Beefsteak Pfd. 120 ₰
„ Rollfleisch „ 100 ₰
„ Gulasch u. Gehackt. Pfd. 90 ₰
„ Schweinefleisch „ 75 ₰
„ Kalbfleisch „ 75 ₰
„ Keule „ 80 ₰
„ dicke Flomen „ 70 ₰
„ kleine Rauchstücke „ 90 ₰
„ ger. Nacken „ 100 ₰
H. Schmalfeld
Schlachterei und Wurstmacherei
Reiferstr. 26, Fernspr. 2152.

Uhren, Uhren, Uhren
(neu und getragen) sind staunend billig zu haben in Lübecks kleinstem Laden nur
Markttwiete 2
bei der Post. (3

Wat kener kann, dat kann Müller, kauft nicht im Warenhaus, kauft bei dem kleinen Geschäftsmann. (1189
Prima kern. Schweinefleisch ℔ 65
„ ff. Kalbfleisch „ 60
„ „ Bratenstücke „ 70
„ „ Karbonade „ 80
„ „ Ziegenlammfleisch „ 50
29 Stand Markthalle Stand 29

Gratis Gratis
gebe ich auf 1 Pfd. Margarine zu 70, 80, 90 od. 100 Pfg. einen groß. Block Schokolade oder 10 Bouillon-Würfel. Ferner empfehle
feinstes Palmfett a Pfd. 70 ₰
ff. Meierei-Butter „ 135 ₰
ger. Land-Mettwurst „ 140 ₰
„ „ Speck „ 100 ₰
Frischobst-Marmelade „ 30 ₰
u. div. Sorten Käse zu billigsten Preisen. Meinen werten Kunden zur gefl. Nachricht, daß mein Rabattsystem nach wie vor gültig ist.
Elsa Scheel, Glockengießerstr. 66. (1176

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnhosen . . 1.40 bis 3.50
Pilothosen . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . 2.90 bis 7.50
Gem. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.
1)

Gangbude i. d. od. Engelsgrube zu verkaufen od. zu verm. (1157

In unserer Lebensmittel-Abteilung sind heute u. morgen zum Verkauf gestellt

zu enorm billigen Extra-Preisen
Gemüse- u. Frucht-Konserven

bester Qualität

	2-℔-D.	1-℔-D.
Stangenspargel extra stark	1.95	1.05
Stangenspargel stark	1.80	95 ₰
Stangenspargel mittel	1.60	86 ₰
Stangenspargel	1.15	64 ₰
Brechspargel extra stark	1.65	88 ₰
Brechspargel mit Köpfen	95 ₰	55 ₰
Suppenspargel	58 ₰	—

	2-℔-D.	1-℔-D.
Junge Erbsen fein	72 ₰	42 ₰
Junge Erbsen mittelfein	58 ₰	33 ₰
Junge Erbsen	45 ₰	28 ₰
Suppen-Erbsen	37 ₰	23 ₰
Perl-Brechbohnen	42 ₰	28 ₰
Stangen-Schnittbohnen	42 ₰	28 ₰
Große Bohnen II	58 ₰	38 ₰

	2-℔-D.	1-℔-D.
Erbsen und Karotten	65 ₰	40 ₰
Jg. Karotten kleine Pariser	58 ₰	35 ₰
Leipziger Allerlei Ia.	1.20	65 ₰
Leipziger Allerlei	46 ₰	28 ₰
Steinpilze	1.05	60 ₰
Morcheln	1 ℔ 90 ₰	½ ℔ 50 ₰
Champignon	½ ℔ 65 ₰	¼ ℔ 33 ₰

	2-℔-D.	1-℔-D.
Apfel-Püree	—	35 ₰
Birnen ½-Frucht	80 ₰	45 ₰
Aprikosen	90 ₰	50 ₰
Mirabellen	60 ₰	46 ₰
Bickbeeren	65 ₰	35 ₰
Kirschen süßsauer	75 ₰	43 ₰
Kirschen süß	75 ₰	43 ₰

Junge Brech- und Schnittbohnen . . . . . 2-Pfund-Dose **27 ₰**

Pflaumen in Essig und Zucker 2-Pfund-Dose, Netto **40 ₰** 1-Pfund-Dose **28 ₰**

Frische Leberwurst Blutwurst Presskopf
2 Pfund 95 ₰

Junger Kopfsalat	Kopf	15 ₰
Junger Rhabarber	Bund	15 ₰
Blumenkohl	Kopf	40 ₰ 30 ₰
Rosenkohl	Pfund	25 ₰
Kochäpfel	Pfund	25 ₰
Tafeläpfel	Pfund	45 ₰ 25 ₰
Bananen	Pfund	30 ₰
Rotkohl	Pfund	5 ₰
Apfelsinen hervorragend schöne süße Früchte	Dtz.	75 ₰ 58 ₰ 45 ₰ 35 ₰ 28 ₰

Knackwurst	6 Stück	48 ₰
Gekochte Mettwurst	Pfund	80 ₰
Schinkenspeck mager	Pfd.	1.15
Landmettwurst grob	Pfd.	1.00
Landmettwurst fein	Pfd.	1.20
Gänsekeulen Landrauch		85 ₰
Schweineschmalz gar. rein	Pfd.	70 ₰
Blasenschmalz	Pfund	80 ₰

Ia. kernfettes
Schweinefleisch
Pfund **68** Pfennig
Bratenstücke Pfd. 72 ₰

Ia. kernfettes
Rindfleisch
Pfund **70** Pfennig
Bratenstücke Pfd. 80 ₰

Ia. junges
Hammelfleisch
Pfund **75** Pfennig
Bratenstücke Pfd. 90 ₰

Ia. Mast-
Kalbfleisch
Pfund **90** Pfennig
Bratenstücke Pfd. 1.00

Holstenhaus Lübeck
G. m. b. H.

1172

Extra-Angebot!

3 Ausnahme-Tage
in
Herren- und Damen-Stiefeln!

(1018)

Sonnabend den 21. **Sonntag** den 22. **Montag** den 23.

kommen sämtliche Herren- und Damenstiefel meines enorm großen Lagers zu folgenden Preisen zum Verkauf:

Regulärer Preis	21^{00}	18^{50}	16^{75}	14^{75}	12^{75}	10^{90}	8^{90}
Ausnahme-Preis für 3 Tage	18^{00}	16^{00}	14^{50}	12^{50}	10^{50}	9^{00}	7^{00}

Chevreau, Boxkalf, mit u. ohne Lackkappe

Sämtliche neue braune Stiefel u. Schuhe.

Ca. 200 Paar Damenhalbschuhe in Chevreau u. Lack sonst 12^{50} **jetzt 7^{50}**

Auf sämtliche Kinderstiefel ca. 10 % Rabatt.

Sandstraße Nr. 4.

W. Blumenthal

Kohlmarkt Ecke Sandstr.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 43. Freitag, den 20. Februar 1914. 21. Jahrg.

Eingeborenen-Schinderei in den deutschen Kolonien.

Am Mittwoch wurde in der Budgetkommission des Reichstags mit der Beratung des Etats für das Reichskolonialamt begonnen. Die Regierung hat eine Denkschrift über die Verwaltung der Kolonien bei den europäischen Staaten vorgelegt, um die in früheren Jahren geäußerten Vorwürfe über zu hohe Verwaltungsausgaben und zu große Beamtenzahl im Kolonialamt zu entkräften. Staatssekretär Dr. Solf referierte über den Inhalt der Denkschrift und präzisierte seinen durch die letzte Kolonialreise und das Studium der englischen Kolonialverwaltung gewonnenen Standpunkt dahin: Das Kolonialamt zu entlasten und die Gouvernements zu stärken und das Schwergewicht der Verwaltung in die Kolonien zu legen. Von der Kommission wurde diese Entschließung, soweit sie größere Selbstverwaltung einräumt, als ein Fortschritt begrüßt; zugleich aber wurde von verschiedenen Seiten betont, daß die Hauptschwierigkeit in der Stellung des Reichstags zur Kolonialpolitik bedingt liege, in der unerträglichen Halbheit unseres konstitutionellen Systems, das mit der englischen Freiheit und Selbstverwaltung nicht verglichen werden könne. — Genosse Noske wies darauf hin, daß mit der angestrebten Reform der Nachteil einer verminderten Verantwortung des Kolonialamts dem Reichstag gegenüber verbunden sei. Weder der Staatssekretär noch die Gouverneure seien Vertrauensleute des Volkes. Solange nicht eine gründliche Wandlung des Verhältnisses zwischen Regierung und Volksvertretung erfolgt sei, könne der Reichstag auf das Recht der Kontrolle in allen kolonialpolitischen Angelegenheiten nicht verzichten. — Auch Erzberger (Z.) vertrat die Auffassung, daß einer Stärkung der autokratischen Bedürfnisse der Gouvernements nur stattgegeben werden könne, wenn zugleich die Kompetenzen des Reichstages in der Richtung des parlamentarischen Regimes erweitert würden. Zum mindesten sei ein koloniales Verfassungsgesetz erforderlich. — Die Regierung erklärte, daß dem Erlaß eines solchen Gesetzes immer noch große Schwierigkeiten im Wege stünden. — Genosse Ledebour unterstrich die Forderung des Selbstverwaltungsrechtes, legte aber auch die Notwendigkeit eines Schutzes gegen seine mißbräuchliche Anwendung dar. Des weiteren verlangte er rationellere Grenzregulierungen und Verhandlungen mit England wegen eines Gebietsaustausches am Kagerafluß. Nationalliberale und fortschrittliche Redner stellten sich dem Solfschen Vorschlage freundlich gegenüber, während das Zentrum auf seiner Forderung eines kolonialen Verfassungsgesetzes beharrte. — Eine Resolution der Nationalliberalen verlangt: falls seitens der Zentralverwaltung grundsätzliche oder wesentliche Abweichungen von den Etats der Schutzgebiete im Vorjahre in Aussicht genommen werden, soll dies den Gouverneuren tunlichst so frühzeitig zur Kenntnis gebracht werden, daß die Gouvernementsräte (Landesrat) noch vor den entscheidenden Verhandlungen im Reichstage dazu Stellung nehmen können. Eine zweite Resolution ersucht den Reichskanzler, in Zukunft auch die Etats der Schutzgebiete in der von den Gouverneuren und Selbstverwaltungskörpern aufgestellten Form unter Beifügung der Verhandlungsprotokolle dem Reichstage vorzulegen. Beide Resolutionen wurden angenommen.

Die Frage des Verhältnisses zwischen Regierungs- und Kommandogewalt in den Kolonien wurde durch den Abg. Waldstein (Vp.) in die Debatte geworfen und vom Gen. Ledebour in dem Sinne erörtert, daß ein Dualismus nicht bestehen dürfe. Dr. Solf erklärte ausdrücklich, daß die oberste Gewalt in den Kolonien durch den Gouverneur verkörpert werde.

Lebhafte Klagen und Beschwerden über Hausklaverei und Sklavenjagden in den Kolonien wurden vom Abg. Mumm (WVg.) an der Hand von Missionsberichten vorgetragen. Danach werden die Eingeborenen von Polizisten gefangen, gefesselt, nach den Plantagen geschleppt und zur Arbeit gepreßt, die ihre Gesundheit untergräbt und eine ungewöhnlich hohe Sterblichkeit bewirkt. Eine grauenhafte Verwüstung von Menschenmaterial, ohne jede Rücksicht auf das Familienleben und die Wirtschaft der Eingeborenen, werde verübt; alle Gesetze der Menschlichkeit würden mit Füßen getreten. — Gen. Noske sprach seine Genugtuung darüber aus, daß das Material des Herrn Mumm die Berechtigung der seither von sozialdemokratischer Seite erhobenen Klagen bestätige. Die Eingeborenen seien der Willkür und Profitgier der Plantagenbesitzer schutzlos preisgegeben. Wohl sei vom grünen Tisch aus durch Arbeitsordnungen das Los der Eingeborenen zu mildern versucht worden, die Regierung selbst aber lasse zwangsweise Arbeiter wie Viehherden zur Leistung von Staatsarbeiten zusammenschleppen. Die Folge sei eine erschreckende Verminderung der Eingeborenen durch Flucht, Sterblichkeit und Degeneration. Amtlich Scheine attestierten das Bestehen des Sklavenhandels unter den Augen und dem Schutz der Regierung. — Abg. Erzberger (Z.) bestätigte, daß haarsträubende Zustände in den Kolonien bezüglich des Sklavenhandels bestünden; ganze Dörfer und Siedelungen seien ausgestorben und wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Der Bischof von Kamerun habe erklärt, daß die Zustände von Jahr zu Jahr furchtbarer geworden seien. Die Verordnungen der Regierung fänden weder bei Beamten noch Pflanzern Beachtung. Reden nütze hier nichts mehr. Wenn die Regierung nicht Remedur schaffe, werde er kein Geld mehr für Kolonialzwecke mehr bewilligen können. Das Ausrottungssystem schreie zum Himmel und sei eine Schande für die deutsche Kolonialpolitik vor der ganzen Welt. — Gen. Ledebour hob nochmals scharf hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion stets darauf hingewiesen habe, es werde zu einer solchen Vernichtung der Eingeborenen kommen, wie sie jetzt auch von drei bürgerlichen Parteien konstatiert worden sei. Wenn das Zentrum endlich einmal standhaft bleiben würde, könnte diesen scheußlichen Zuständen in den Kolonien ein radikales Ende gemacht werden. Dazu reichten allerdings Resolutionen nicht aus. Es müßte da schon zur Verweigerung der Mittel für die Kolonialverwaltung geschritten werden. — Der Staatssekretär Dr. Solf bemerkte, die Kolonialverwaltung habe in der hier zur Verhandlung stehenden Frage dieselbe Auffassung, wie sie von den verschiedenen Rednern vorgetragen worden sei. Er habe Erlasse an die Gouverneure gesandt, in denen er sich scharf gegen den Arbeitszwang der Schwarzen gewandt habe. Die Gouverneure seien angewiesen, Arbeitszwang unter allen Umständen zu verhindern. Es sei ihm zwar nicht amtlich, aber auf andere Weise bekannt geworden, daß in Ostafrika Arbeitszwang vorgekommen sei, und er habe eine strenge Untersuchung darüber eingeleitet. Der Erwerbssinn verschiedener Weißer kollidiere eben immer noch mit dem Humanitätssinn der Verwaltung.

Kommunales.

Bei der Gemeinderatswahl in Gera (Reuß), die am Dienstag vor sich ging, blieb die sozialdemokratische Liste in der Minderheit, obgleich die Stimmenzahl die gleiche geblieben war wie bei der letzten Wahl. Nur zwei Sozialdemokraten wurden gewählt. Damit verliert die sozialdemokratische Fraktion die Mehrheit im Gemeinderat. Die bürgerlichen Stimmen nahmen um 200 zu.

Arreststrafen für Gemeindeverordnete. Der Amtmann Grube in Amt Pelkum (Kreis Hamm in Westfalen) hat an die Gemeindevertreter der Gemeinden des Amtes folgenden Erlaß gerichtet:

„Wenn Gemeindevertreter über Verhandlungen in der Gemeindevertretung nach außen berichten oder der Presse Mitteilung machen, so wird gegen sie nach § 83 der westfälischen Landgemeindeordnung vorgegangen."

§ 83 der westfälischen Landgmeeindeordnung lautet:

„In Betreff der Dienstvergehen der Amtmänner, Gemeindevorsteher und Stellvertreter, sowie der sonstigen Amts- und Gemeindebeamten und Diener, kommen die darauf bezüglichen Gesetze mit der Maßgabe zur Anwendung, daß der Amtmann befugt ist, die Unterbeamten des Amtes, sowie der Gemeinden, mit Ordnungsstrafen bis zu drei Talern und die bloß zu mechanischen Dienstleistungen angestellten Diener mit Arreststrafen bis zu drei Tagen zu belegen."

Amtmann Grube war Hauptmann und Kompagniechef; daraus erklärt sich wohl seine Sympathie für Arreststrafen. Aber Gemeindevertreter sind keine Rekruten, und deshalb wird er mit seinem Schweigegebot, das sich offenbar gegen sozialdemokratische Gemeindevertreter richtet, kein Glück haben. Der angezogene § 83 ist gegen Gemeindevertreter gar nicht anwendbar, denn sie sind weder Beamte noch Diener. Der Amtmann wird sich deshalb auch darin finden müssen, daß er Gemeindevertretern nichts zu sagen hat.

Soziales.

Die Kinderarbeit in Baden. Nach dem Bericht der Gewerbeinspektion ist im verflossenen Jahre in Baden eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Kinderarbeit zu verzeichnen. Die Zahl der allerdings in der Hauptsache mit Austrägerdiensten aller Art beschäftigten Schulkinder ist von 3192 im Jahre 1909 auf 4813 im Jahre 1912 und 5071 im Jahre 1913 gestiegen. 38,52 % von diesen Kindern sind mit Zeitungstragen beschäftigt. Von den sechs größten Städten des Landes steht Karlsruhe mit 10,56 % aller gewerblich beschäftigten schulpflichtigen Kinder an erster Stelle. Gezählt sind hier 661 solcher Kinder gegen 377 in Mannheim, 310 in Pforzheim, 268 in Heidelberg, 158 in Freiburg und 69 in Konstanz. Das anderen Städten gegenüber immerhin günstige Verhältnis, das Mannheim als Groß- und Industriestadt aufweist, ist nicht zum geringen Teil der eifrigen Tätigkeit der sozialdemokratischen Kinderschutzkommission zuzuschieben, wie die Gewerbeinspektion vor Jahresfrist ausdrücklich hervorhob. In letztjährigem Bericht lobt sie in dieser Hinsicht auch die Tätigkeit der Volksschulbehörde auf diesem Gebiet, die nicht nur für ihre Pflegebefohlenen die Gesetzmäßigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit der Beschäftigung prüft. Unter diesem Einfluß sind erfreulicherweise die durch die Schulverzeichnisse ermittelten Zuwiderhandlungen wesentlich gesunken. Himmelschreiend dagegen ist die Feststellung der Gewerbeinspektion, daß in einigen Landgemeinden Schulkinder mit Steinklopfen beschäftigt werden. In abgelegenen Gemeinden ist diese Beschäftigung sogar eine ortsübliche für Kinder verarmter Eltern. Die Regierung sah sich dieserhalb genötigt, wiederholt gegen diesen Unfug einzuschreiten und auf das Verbot dieser Kinderarbeit hinzuweisen. Die Lieferanten von Schottermaterial an die Gemeinden müssen nunmehr unterschriftlich erklären, daß sie Kinder nicht mehr beschäftigen.

Aus Nah und Fern.

Ein Berliner Hochstabler als Tiroler Schloßherr. Der Sohn eines Berliner Droschkenkutschers hat es verstanden, sich zwei Jahre lang in der Gesellschaft Tirols als Baron v. Brekow-Radosch und als Schloßherr des Schlosses Pienzenau bei Bozen auszugeben. Seine angebliche Gattin wurde unter dem Verdacht, umfangreiche Betrügereien begangen zu haben, verhaftet, während es dem „Baron" gelang, zu entfliehen. Im Jahre 1911 kam das Paar nach Meran und kaufte das Schloß Pienzenau für 260 000 Kronen, machte aber nur eine Anzahlung von 5000 Kronen. „Baron" und „Baronin v. Brekow-Radosch" lebten auf großem Fuß und verstanden es, von reichen Meraner und Bozener Kurgästen große Beträge zu borgen und Geschäftsleute zu großen Warenlieferungen zu veranlassen. Auch die Steuerbehörde wurde betrogen, da der „Baron" es verstand, die Taxe von 7700 Kronen für den Schloßkauf zwei Jahre stunden zu lassen.

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman.
Von W. W. Jacobs.

(10. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Siebentes Kapitel.

Herrn Grots Frühstück am nächsten Morgen war nur armselig; die Anstrengung, ein Gefühl aufrichtiger Sympathie mit Frau Grot an den Tag zu legen, die in mürrischem Schweigen bei der Kaffeekanne präsidierte, und zu gleicher Zeit eine Miene fröhlicher Unschuld, in bezug auf den Grund ihres Benehmens, aufzustecken, war fast über seine Kraft. Er pellte sein Ei mit dem sorgsamen Bemühen, jedes Geräusch dabei zu vermeiden, und suchte sich bei jedem Mundvoll, den er verschluckte, den Anschein zu geben, als ob er es nicht bemerkte, wie sie ihn beim Essen beobachtete. Ihr Blick enthielt einen verächtlichen Tadel, daß er unter solchen Umständen überhaupt essen könne, und um ja keinen Irrtum in bezug auf ihre eigenen Gefühle aufkommen zu lassen, schob sie den Toastständer und den Eierbecher weit von sich.

„Du — ißt ja gar nicht, Schatz," sagte Herr Grot.

„Wenn ich etwas äße, würde ich daran ersticken," war die Antwort.

Herr Grot stellte sich erstaunt, aber seine Stimme bebte. Um sein Unbehagen zu verdecken, reichte er seine Tasse zum Füllen hin und zitterte gegen seinen Willen, als er die übertriebene Sorgfalt bemerkte, mit der Frau Grot die Tasse bis zum Rande vollgoß. Außer daß sie ihre Augen zur Decke erhob, als er sich ein weiteres Stück Toast nahm, gab sie kein Zeichen von sich.

„Du siehst gar nicht besonders aus", wagte Herr Grot nach einer Weile zu bemerken.

Seine Frau nahm diese Mitteilung mit stiller Verachtung entgegen.

„Ich habe es schon seit einiger Zeit bemerkt, sagte der aufmerksame Gatte, um einen neuen Versuch zu machen. „Es beunruhigt mich."

„Daß ich nicht jünger werde, weiß ich wohl," gab Frau Grot zu. „Aber wenn du meinst, daß das eine Entschuldigung für dein Benehmen ist, bist du im Irrtum."

Herr Grot murmelte etwas in dem Sinne, daß er sie nicht verstehe.

„Du verstehst mich ganz gut," war die Antwort. „Als das junge Mädchen gestern abend hinter der Hecke flötete, sagtest du, du glaubtest, daß es ein Vogel wäre."

„Das stimmt," sagte Herr Grot, hastig einen Löffel voll Ei nehmend.

Frau Grots Gesicht zeigte ein flammendes Rot. „Was für n'e Art Vogel?" fragte sie.

„Singvogel." antwortete der Gatte mit nervöser Geläufigkeit.

Frau Grot verließ das Zimmer.

Herr Grot beendete sein Frühstück mit großer Anstrengung und begab sich dann ans Fenster, wo er seine Pfeife anzündete und eine Zeitlang in trüben Gedanken dasaß. Ein wenig natürliche Neugierde, wer wohl die schöne Pfeiferin gewesen sein möge, ließ sich allerdings nicht abstreiten, und die Namen der holdesten Töchter Lunderstadts passierten Revue vor ihm. Fast unbewußt stand er auf und besah sich im Spiegel.

„Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten," sagte er bescheiden zu sich selbst zur Erklärung.

Seine Gedanken beschäftigten sich noch mit diesem Gegenstand, als er später am Vormittag auf dem Flur stand und seinen Hut bürstete, als Vorbereitung für seinen gewöhnlichen Spaziergang. Frau Grot, die oben lauschte, dachte, er würde nie damit fertig werden und zog ihre eigenen Schlüsse daraus.

Mit der Miene eines Mannes, der nichts zu versäumen hat, schlenderte Herr Grot langsam durch die engen Gassen Lunderstadts. Er las alle Bekanntmachungen, die an die Tür des Rathauses geklebt waren und kaufte einige Marken auf der Post, aber der Morgen schleppte sich langsam dahin, und schließlich lenkte er seine Schritte in die Richtung von Herrn Hagedorns Kontor, in der schwachen Hoffnung auf etwas Unterhaltung.

Zu seiner Ueberraschung war Herr Hagedorn senior in ungewöhnlich leutseliger Stimmung. Er schob sofort seine Papiere beiseite, lud seinen Besucher zum Sitzen ein und begrüßte ihn mit großer Herzlichkeit.

„Gerade der Mann, den ich sehen wollte," sagte er vergnügt. „Ich möchte Sie bitten, heute abend um acht Uhr zu mir in die Wohnung zu kommen. Ich habe gerade eben Stobel gesprochen, er kommt auch."

„Ich werde kommen, wenn ich kann," entgegnete Herr Grot.

„Sie müssen kommen," sagte der andere ernst. „Es ist geschäftlich."

„Geschäftlich," versetzte Herr Grot. „Ich versteh nicht recht —"

„Sie werden's heute abend," sagte Herr Hagedorn mit geheimnisvollem Lächeln. „Ich habe Eduard in Geschäften nach Stettin geschickt und wir werden nicht gestört werden. Adieu. Ich bin jetzt sehr beschäftigt."

Er schüttelte seinem Besucher die Hand und geleitete ihn zur Tür; Grot, nach einem vergeblichen Versuche, Einzelheiten zu erfahren, ging langsam nach Hause.

Trotz seiner Neugier war es nahezu halb neun, als er an dem Abend in Herrn Hagedorns Wohnung eintraf und von seinem Freunde eingelassen wurde. Der letztere führte ihn, nach einer abgedroschenen Bemerkung über die Tugend der Pünktlichkeit, nach oben und stieß die Tür seines Arbeitszimmers auf.

„Hier ist er," meldete er.

Eine schlanke Gestalt, die steif aufrecht in einem mächtigen Großvaterstuhl saß, drehte sich bei ihrem Eintritt um und zeigte dem erstaunten Herrn Grot die ausdrucksvollen Gesichtszüge von Fräulein Selma Maneke; ihr gegenüber, am anderen Ende des Zimmers saß Herr Stobel, augenscheinlich ganz aus der Fassung und blickte sie kummervoll an.

„Dies ist eine neue Klientin von mir", sprach Hagedorn, auf Fräulein Maneke deutend.

Herr Grot sagte „Guten Abend."

„Ich versuchte, gestern abend ein Wort mit Ihnen zu reden", sagte Fräulein Maneke. „Ich war am Ende Ihres Gartens und habe da wohl über zehn Minuten lang gflötet, so laut, wie ich man konnte. Ich wundere mich, daß Sie das nicht gehört haben."

„Gehört haben!" rief Herr Grot, den ein schuldbewußtes Gefühl der Enttäuschung überkam, das im Zaum zu halten ihm unmöglich war. „Was fällt Ihnen ein, daß Sie herkommen und nach mir flöten, eh? Was soll das heißen?"

„Ich wollte Sie gern privatim sprechen," sagte Fräulein Maneke ruhig, „aber es ist nun ebenso gut. Ich ging bei und suchte statt dessen Herrn Hagedorn heute morgen auf."

„In einer Geschäftssache", bemerkte Herr Hagedorn, sie anblickend. „Sie kam zu mir, wie irgend jemand aus dem Publikum wegen etwas — ha — Land, woran sie interessiert ist."

„Eine Insel", bestätigte Fräulein Maneke.

Herr Grot setzte sich und blickte erstaunt um sich. „Was, noch eine?" sagte er mit schwacher Stimme.

Herr Hagedorn hüstelte. „Meine Klientin ist keine reiche Frau", begann er.

„Das weiß Gott", unterbrach ihn Herr Stobel. „Was sich das Mädel noch alles einbilden wird, wenn Sie so fortfahren —"

Aber sie hat etwas Hab und Gut da, das sie gern hier gehabt hätte", fuhr Herr Hagedorn mit einem warnenden Blick auf den Sprecher fort. „Da dem nun so ist —"

(Fortsetzung folgt.)

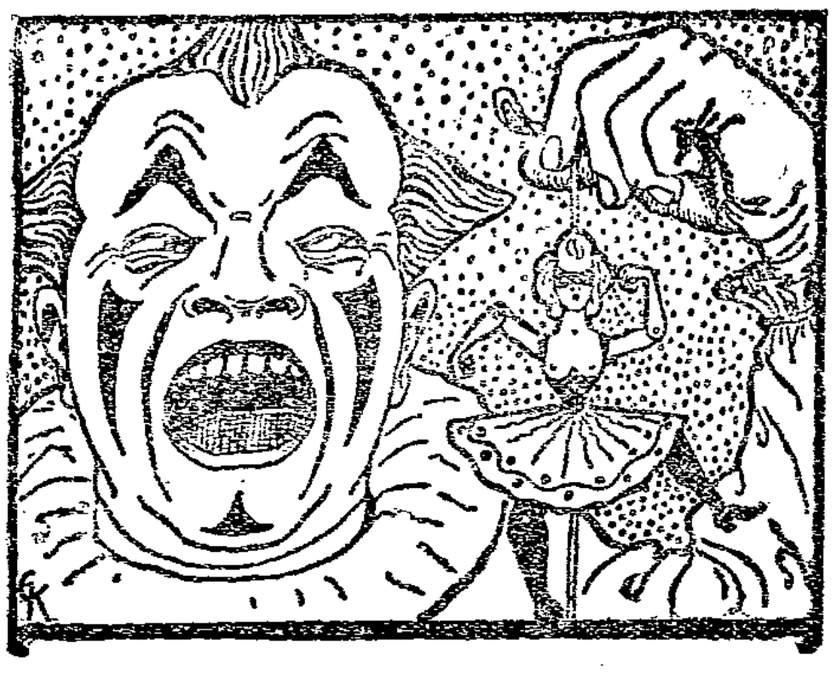
Westfälische Zentrumsbauern und christliche Nächstenliebe. Der „Westfälische Bauer" ist das Organ der im Westfälischen Bauernverein organisierten Zentrumsbauern Westfalens. Der Zentrumsabgeordnete Herold hat eine führende Rolle in diesem Bauernverein. Das Vereinsorgan, der genannte „Westfälische Bauer" erteilt auch Rechtsauskunft und so stellt in der Nummer vom 15. Februar 1914 ein Mitglied folgende interessante Frage:

„Ich habe ein Dienstmädchen, welches ein Kind hat. Das Dienstmädchen möchte ich gern im Dienst behalten. Die Gemeinde befürchtet aber, daß das Mädchen den Unterstützungswohnsitz erwirbt. Um dies zu verhüten, möchte ich das Mädchen jedes Jahr einige Zeit fortschicken. Wie ist die Rechtslage?"

Das Mädchen hat ein Kind, wohl als Folge der so gepriesenen sittlichen Verhältnisse auf dem Lande. Das Mädchen ist gut und tüchtig, wohl ein richtiges Arbeitspferd, sonst würde der fragestellende Bauer es sicher nicht gern behalten. Aber die Gemeinde! Die Gemeinde fürchtet, das Mädchen könnte den Unterstützungswohnsitz erwerben und der Fragesteller hat, wie man sieht, Verständnis für die Besorgnisse der wahrscheinlich von Zentrumsbauern beherrschten Gemeinde und will durch einen Trick — nämlich dadurch, daß er das Mädchen jedes Jahr einige Zeit wegschickt — verhüten, daß das Mädchen wohnsitzberechtigt wird und dann eventuell der Gemeinde zur Last fallen könnte. Der „Westfälische Bauer" gibt dem Fragesteller (wahrscheinlich durch einen Rechtsanwalt) die Auskunft, daß auf Grund der §§ 10, 21 des Gesetzes vom 7. Juni 1908 das Mädchen den Unterstützungswohnsitz erwirbt, wenn es ein Jahr ununterbrochen im Ostpreußenverband seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat. Das uneheliche Kind teile den Unterstützungswohnsitz der Mutter. Im Falle der Erkrankung müsse der Dienstherr für die Kosten aufkommen; falls er nicht hafte, müsse der Ortsarmenverband eintreten. Es wird dann weiter aus § 13 des Gesetzes angeführt: „Als der Unterbrechung des Aufenthalts wird eine freiwillige Entfernung nicht angesehen, wenn aus den Umständen, unter welchen sie erfolgt, die Absicht erhellt, den Aufenthalt beizubehalten." Daraus ergebe sich, daß der Fragesteller dadurch, daß er das Mädchen jedes Jahr kurze Zeit fortschickt, um so den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes zu verhüten, sein Ziel wohl nicht erreiche. Die kalte, geschäftsmäßige Art, wie hier ein dem Zentrum nahestehendes für Zentrumsbauern geschriebenes Organ über die Geschicke eines armen unglücklichen Mädchens entscheidet, zeugt von ebenso großer christlicher Nächstenliebe, wie sie dem Fragesteller und den Gemeindegewaltigen innewohnen muß. Was mag nun aus dem Mädchen werden? Vermutlich wird nun die Gemeinde auf gänzliche Entlassung dringen, um zu verhindern, daß das Mädchen unterstützungswohnsitzberechtigt wird. Dann wird es mit seinem Kinde auf die Straße gesetzt, in die Welt hinausgejagt. Und wenn das Mädchen in seiner Not eine Verzweiflungstat beginge, dann würden die christlichen Blätter die ersten sein, die sich heuchlerisch entrüsten.

Die Massenerkrankungen im französischen Heere. Die Zahl der Krankheitsfälle an Genickstarre in den französischen Garnisonen ist noch ständig im Wachsen begriffen und die vorliegenden Nachrichten lassen erkennen, daß alle zur Bekämpfung der Seuche ergriffenen Maßnahmen bisher erfolglos geblieben sind. Niemals seit dem Ausbruch der Epidemien haben sich an einem einzigen Tage soviel Todesfälle ereignet, als am Dienstag. Von den 193 Erkrankten, die im Hospital von Orleans daniederliegen, und die sämtlich dem 131. Infanterieregiment angehören, sind abermals drei verschieden. In Marseille erlagen drei Rekruten der Seuche, in Montpellier zwei, in Bourges einer. Vom 137. Infanterieregiment starben gestern vier Rekruten an der Genickstarre. Auch die Zahl der Neuerkrankungen ist ziemlich beträchtlich, allein das 26. Artillerieregiment hat 250 Soldaten in das Militärhospital senden müssen, von denen mehrere bereits gestorben sind, andere mit dem Tode ringen. Aus zahlreichen kleinen Garnisonen sind ebenfalls Meldungen über Neuerkrankungen eingelaufen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.



Chorverein Lübeck

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Großer Maskenball

am Sonntag, dem 22. Februar 1914

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Um 8 Uhr: **Großer Maskenzug.** **Demaskierung 12 Uhr.**
Sämtliche Aufführungen finden präzise von 6 bis 8 Uhr statt.
Tanz für Zuschauer von 6—8 Uhr und 12—4 Uhr.
Eintrittspreis für Mitglieder **40** Pfg., eine Dame frei.
Eintrittspreis für Fremde **80** Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: **Kluth,** Gewerkschaftshaus, **Wittfoot,** Hüxstraße 18, **F. Lender,** Hüxstraße 94, **H. Grevesmühl,** Fischergrube 24, **Karl Dose,** Gloxinstraße 16, **H. Klempau,** Ludwigstraße 38, **H. Wulff,** Kottwitzstraße 8, I., **H. Hümöller,** Alfstraße 31, **G. Ehlers,** Hüxstraße 110, **J. Groht,** Kottwitzstraße 16 und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. Karten für Mitglieder werden nur vom Boten **H. Hümöller,** Alfstraße 31, bis zum **21. Februar** und Sonnabends von **9—10** Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstrasse 52.

Friseur ist im Lokal anwesend.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt. Masken-Garderobier: Gust. Will, Wahmstraße 92.

Masken-Anzüge sind im Lokale zu haben.

507) Das Komitee.

Ad. Hübner, Uhrmacher
Fünfhausen 13. 5
Reparaturen prompt u. preiswert.

Sozialdemokratischer Verein Schlutup.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 21. Februar
abends 8½ Uhr
im Lokale von A. Saborowski
Gasthof „Zur Linde".
Tages-Ordnung u. a.:
Die Erwerbung des Bürgerrechts.
Referent: Genosse Mehrlein.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
1175) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Fußballspieler!
Morgen abend 8½ Uhr
Sitzung
im Gasthof zum Landhaus
Fackenburger Allee 28.
Neu-Anmeldungen daselbst. (1165

Stiftungsfest
am Sonnabend, d. 21. d. Mts.
abends 9 Uhr.
Dankwartsgrube 13.
1167 C. Casten.

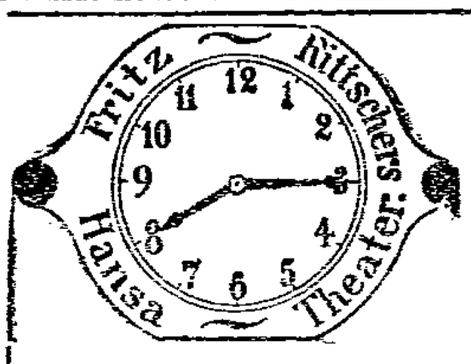
Gasthof Kl. Mühlen.

Große Tanzmusik
am Sonntag, dem 22. Februar,
wozu freundlichst einladet
1092) **Otto Evers.**

Neues Stadttheater
Freitag, den 20. Februar 1914:
133. V. i. Voll-Ab. 22. V. i. Freit.-Ab.
Anf. 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Lustspiel-Zyklus.
1. Tag.
Das Schiedsgericht.
Lustspiel von Menandros.
Hierauf:
Die Zwillinge.
Lustspiel von Plautus.
Mittelpreise.
Sonnabend, den 21. Februar 1914:
134. V. i. Voll-Ab. 12. V. i. Sonnab.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Tiefland.
Oper in 3 Aufz. v. Eugen d'Albert
Große Preise. (1161
Sonntag, den 22. Februar 1914:
Nachm. 3 Uhr. Ende 5½ Uhr.
Volksvorstellung.
Alt-Heidelberg.
Jeder Platz 50 Pfg.
Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse.
Abends 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
135. V. i. Voll-Ab. **Große Preise.**
Giroflé-Girofla.
Operette von Lecocq.

Empfehle
Ia. dicke Flomen,
frisches Kopffleisch,
Kohlwurst, Brotwurst,
frisch. u. gesalz. Eisbein,
frisch. u. gesalz. Schnauzen
Friedr. Paetau
27 Mühlenstraße 27
Schlachterei u. Wurstfabrik. (1163

Ger. Schweinsbacken ohne Knochen . . . . . 75 ₰
Pa. Schweinefl. Bratenfl. Pfd. 70 ₰
Pa. Karbonade v. Nacken Pfd. 80 ₰
Pa. dicke Flomen Pfd. 70 ₰
Eisbein frisch und gekocht . . Pfd. 60 ₰
Dicke Rippen v. Brust Pfd. 70 ₰
Kleine Rauchstücke Pfd. 85 ₰
Geräucherte Aale Pfd. 95 ₰
Pa. geräuch. fetter Speck v. Bon. p. 4 Pfd. pr. Pfd. 80 ₰
Pa. geräuch. magerer Speck v. Bon. p. 4 Pfd. pr. Pfd. 85 ₰
Pa. weißes Schmalz v. Bon. p. 2 Pfd. p. Pfd. 70 ₰
Pa. gekochte Mettwurst und Leberwurst . . . . Pfd. 80 ₰
Karl Lahrtz, Böttcherstraße 14—16.
1171) vorm. M. Lahrtz.



HANSA-THEATER.

Wochentags 8¼, Sonntags 8 Uhr.

Nur noch 3 Tage

I. Teil: Gastspiel von

Käthe Basté

vom Kaiserl. Königl. Theater in Wien und

Franz Schönemann vom Lustspielhaus, Berlin.

Zur Aufführung gelangen die berühmten Lustspiele

Rache ist süss von Roger de Flers, ‖ **Letzte Begegnung** von Franz Molnar,

Auftreten der 14jährigen Barfußspitzen-Tänzerin **Julia Borissowa.**

II. Teil: Gastspiel von

Sylvester Schäffer.

Billettvorverkauf rechte Seite bei **Sager,** Kohlmarkt, linke Seite bei **Nagel,** Am Markt. (1049

Uhren, Goldwaren, Silberwaren, Hochzeits-, Tauf- und Patengeschenke empfiehlt 922
Wilh. Westiehling,
32 Holstenstrasse 32

Arbeiter-Gesangverein Einigkeit.

Einladung
zum
KAPPEN-FEST
am Sonntag, dem 22. Februar 1914
im Lokale des Herrn Busch, Neulauerhof.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt Herren 50 Pfg., eine Dame frei,
einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
1160) **Der Vorstand.**

Bestens empfehlenswerte Margarine, Pfund 70 ₰

Backobst, gemischt	Pfd. 40 ₰	Holländer Käse	Pfd. 80 ₰
Pflaumen	Pfd. 35 40 48 ₰	Schweizer Käse	Pfd. 80 ₰
Weiße Ringäpfel	Pfd. 55 ₰	Tilsiter Käse	Pfd. 80 ₰
Pfirsiche	Pfd. 44 ₰	Tilsiter Käse i. St.	Pfd. 60 ₰
Aprikosen	Pfd. 70 ₰	Weichkäse	Pfd. 60 ₰
Aprikosen	Pfd. 80 ₰	Holsteiner Käse	Pfd. 30 ₰
Bräunellen	Pfd. 85 ₰	Alter Käse	Pfd. 40 ₰
Preiselbeeren	Pfd. 75 ₰	Weißes Schmalz	Pfd. 70 ₰
Kirschen	Pfd. 55 ₰	Delikateß-Schmalz	Pfd. 80 ₰
Hagebutten	Pfd. 80 ₰	Meereisbutter fr.	Pfd. 1.40 ₰
Birnen mit Schale	Pfd. 30 ₰	Pflanzenfett	Pfd. 65 ₰
Birnen o. Schale	Pfd. 50 ₰	Speck	Pfd. 90 ₰
Rosinen, kleine	Pfd. 48 ₰	Rauchfleck	Pfd. 1.00 ₰
Rosinen, große	Pfd. 44 ₰	Salzgurken St. 10 u. 2 St.	15 ₰
Korinthen	Pfd. 35 ₰	Sauerkohl	2 Pfd. 15 ₰

Eduard Speck, Hüxstraße 80 u. 82.

Partie Tilsiter Käse sonst 60 jetzt **40** ₰
bei ganzen und halben billiger. (1156
Camembert 2 Stück **25** Pfg.
Wilh. Badstein, Schwönekenquerstraße 11.